Sonnabend, 14. Mai 1932
Nr. 113. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

# Nazis vor dem Schnellgericht

## So sehen Hakenkreuz-Helden aus!

## Strasser freigesprochen!

**Nach einhalbstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende des Schnellschöffengerichts das Urteil: Der Angeklagte Strasser wird freigesprochen. Die Angeklagten Heines, Stägmann und Waitzel werden wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Kosten fallen sämtlich den Verurteilten zur Last. Bei dem freisprechenden Urteil trägt sie die Staatskasse.**

*

**Berlin, 13. Mai 1932.**

Vor dem Berliner Schnellschöffengericht fand unter großem Andrang heute die Verhandlung gegen die vier nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Heines, Stegmann, Weitzel und Gregor Strasser statt, der in dem Augenblick festgenommen wurde, als er am Donnerstagabend den Zug nach München besteigen wollte, während der Abg. Krause als an der Schlägerei unbeteiligt auf freien Fuß gelassen wurde. (Heines, Stegmannn und Weitzel sind entgegen unserer gestrigen Information in Haft geblieben.) Ein großer Teil der Pressevertreter konnte nicht zugelassen werden, weil die überraschend angesetzte Verhandlung die Ansetzung im kleinen Schwurgerichtssaal erforderlich machte.

Auf der Anklagebank sitzen der berüchtigte Abg. Heines, geb. 1897 in Breslau, der wegen Fememordes in Stettin zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, außerdem eine weitere Vorstrafe von einem Jahr drei Monaten Festungshaft wegen Beihilfe zum Hochverrat hat; der Abg. Stegmann, geb. 1899, Offizier a. D., der wegen Beamtennötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Bedrohung vorbestraft ist; der Abg. Weitzel-Düsseldorf, Schlosser, der wegen Körperverletzung und Beleidigung dreimal vorbestraft ist, sowie der Abg. Gregor Strasser aus München. Als Nebenkläger zugelassen ist der mißhandelte sozialdemokratische Journalist Dr. Klotz, der von dem Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt vertreten wird.

### Die Anklage lautet:

**Der Nebenkläger Dr. Klotz ist von den vier Angeklagten beleidigt, vorsätzlich körperlich mißhandelt worden und mittels eines gefährlichen Werkzeugs verletzt worden.**

Heines gab an, daß er auf eine provozierende Bemerkung, die angeblich „auch Schweine" gelautet haben soll, des Klotz hin diesem eine kräftige Ohrfeige versetzt hätte.

Stegmann erklärt, daß ihm Klotz dem Namen nach unbekannt sei, daß er auf Klotz nur deshalb eingeschlagen habe, weil nach der durch Heines verursachten Schlägerei, an der sich auch der sozialdemokratische Abgeordnete Westphal beteiligt habe, Klotz ihm am nächsten gestanden hätte.

Weitzel behauptet, daß er im Reichstagsrestaurant ebenfalls das Wort Schwein oder Schweinehund gehört haben will, und daß ihm im Restaurant ein Stuhl an das Schienbein geworfen wurde. Er sei der Ansicht, daß dieser Stuhl von Klotz geworfen wurde. Als Klotz später zur Feststellung der Personalien derjenigen Abgeordneten, die ihn mißhandelt haben, im Wandelgang des Sektors der Nationalsozialisten erschienen sei, habe er ihm drei bis vier kräftige Ohrfeigen gegeben.

Strasser bezeichnet es als eine Provokation, daß Mitglieder der linken Parteien sich auf den von ihnen besiedelten Sektor begeben hätten. Er habe sich durch dieses Erscheinen von Klotz, der im Jahre 1923 wegen Unterschlagung aus der NSDAP ausgeschlossen worden sei, provoziert gefühlt und diese Provokation entsprechend beantwortet.

Es wird nun eine Reihe von Zeugen vernommen, die im Verlaufe der Schlägerei im Reichstagsrestaurant zugegen gewesen sind oder sich an der Feststellung im Wandelgang beteiligt hatten.

### „Raus der Schweinehund!"

Der Zeuge Stranowitz ist Oberverwaltungssekretär. Er ist ins Restaurant geholt worden von einem Herrn, der ihm erklärt hatte, daß soeben im Restaurant ein Herr überfallen worden sei. Er habe sich dem Herrn zur Verfügung gestellt, um im Wandelgang der Nationalsozialisten Feststellungen zu treffen. Kaum aber hatten sie diesen Wandelgang betreten, als gegen Klotz die Rufe: „Raus der Schweinehund" geschleudert wurden. Plötzlich habe sich eine ganze Anzahl von Nazis auf Dr. Klotz gestürzt, und ihm unzählige Schläge verabreicht. Im Gegensatz zu weiteren Zeugen behauptet er, daß diese Schlägerei relativ harmlos gewesen sei, da mit der flachen Hand geschlagen wurde. Unter den Zuschlagenden habe er mit Bestimmtheit den Abg. Weitzel wiedererkannt.

Dann wird sein Kollege Stiller vernommen. Er will so intensiv mit der Abwehr der Schläge, die auch auf die Beamten niedersausten, beschäftigt gewesen sein, daß er genaue Feststellungen nicht mehr treffen konnte. Der Zeuge macht einen sehr unbestimmten Eindruck und versichert, daß er sich durch die Schläge nicht getroffen fühle, weil sie nicht ihm gegolten hätten, die Schlußfolgerung auf die politische Gesinnung dieses Zeugen kann nicht schwer fallen.

Der kommunistische Redakteur Glückauf, zu dessen Vernehmung alsdann geschritten wird, ist Berichterstatter des kommunistischen Reichstagsdienstes. Er hat auch einen Pressebericht über den Verlauf der Schlägerei im Wandelgang gemacht. Er war selber Augenzeuge, wie Nationalsozialisten in stürmischem Tempo auf Klotz zugingen und ihn mit der Faust ins Gesicht schlugen. Glückauf gibt seiner Verwunderung über die Feigheit Ausdruck, die der Ueberfall von zwanzig Abgeordneten auf einen wehrlosen Menschen bedeutet. **Er will mit Bestimmtheit gesehen haben, daß Strasser einen Schlag auf Dr. Klotz abgegeben hat und hält es für ausgeschlossen, daß er sich geirrt habe.**

Dagegen wollen die beiden Reichstagsbeamten von diesem Schlag des Strasser nichts gesehen haben.

Der Kellner Strohecker vom Reichstagsrestaurant will genau wissen, daß von Klotz keinerlei Aeußerung fiel, bevor er von Heines den ersten Schlag bekam. Insgesamt hatten sich 4 bis 5 Nazis hinter Klotz aufgestellt und ihn von ober her geschlagen.

Der Zeuge Krummener, Kassierer der Sozialdemokratie, der während des Vorfalls im Reichstagsrestaurant saß, erklärt, daß Klotz, der am Nebentisch gesessen hätte, von 4 bis 5 Nationalsozialisten gleichzeitig von hinten geschlagen worden ist, und zwar so mächtig, daß er von seinem Stuhl fiel. **Während er lag, wurde weiter auf ihn eingeschlagen. Unter diesen Nationalsozialisten hat er mit Bestimmtheit Abg. Stegmann erkannt.**

Diese beiden letzten Aussagen werden auch von dem nächsten Zeugen, dem Hamburger SPD-Vorsitzenden Weidmann bestätigt, der ebenfalls Augenzeuge war. Der Zeuge will noch gehört haben, daß die Betreffenden sagten:

### „Das ist für die Fälschung des Briefes"

Weidmann bestreitet auf das entschiedenste, daß Klotz den Ausdruck Schwein gebraucht hätte.

**Klotz habe ruhig am Tisch gesessen und gelesen, als von hinten vier Männer auf ihn zugingen und auf ihn von hinten und von oben schlugen.**

Der Abg. Westphal sei darauf hinzugesprungen und habe gerufen: Das ist doch eine unglaubliche Feigheit. Er war auch Zeuge der Schlägerei im Wandelgang und hat gesehen, wie ein Nationalsozialist Klotz mit solcher Stärke einen Fußtritt gegeben habe, daß Klotz gegen die Wand geschleudert wurde. Dieser Darstellung tritt auch der nächste Zeuge, der Abg. Westphal, bei, der es als besonders empörend fand, daß die Nationalsozialisten sich hinter Klotz gestellt hätten und ihn unvorbereitet von hinten geschlagen haben. Er hat daraufhin zur Abwehr einen Stuhl zwischen die beiden Parteien gestellt und die Nazis mit Hilfe einiger anderer aus dem Restaurant herausgedrängt. Ein Zentrumsabgeordneter bestätigt im wesentlichen diese Darstellung.

Während der Verhandlung benahm sich der größte Teil des im Zuschauerraum anwesenden Publikums äußerst provozierend, ohne daß dies indessen von dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Masur, ernstlich gerügt wurde. Nicht minder provozierend war das Verhalten der nationalsozialistischen Pressevertreter, die sich mit lauten, zynischen Bemerkungen über das Verfahren und die ganze Gerichtsverhandlung lustig machten.

Bei der Vernehmung des Dr. Klotz wird aus dem Zuhörerraum laut gerufen: „Schwein", was den Vorsitzenden endlich veranlaßt, drei Nationalsozialisten aus dem Saal zu verweisen, was im Saale große Erregung verursachte.

Die Darstellung, die Klotz von den Vorfällen gibt, stimmt restlos mit derjenigen aller Belastungszeugen überein. Noch heute ist Klotz infolge der Mißhandlungen am Sprechen gehindert.

### Die Strafanträge

Die alsdann vom Staatsanwalt gestellten Strafanträge wurden damit begründet, daß es sich um einen hinterhältigen Ueberfall handle.

**Der Staatsanwalt beantragte: Gegen Heines und Stegmann wegen tätlicher Beleidigung 4 Monate Gefängnis, gegen Weitzel 2 Monate und gegen Strasser wegen wörtlicher Beleidigung 100 Mark Geldstrafe.**

Sozialistische Arbeiter-Zeitung. Bezugspreis für einen Monat: durch die Spedition RM 2.40, einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

## Offene Kriegshetze

**Mit den Ueberschriften „Alarmsignale an der Grenze — Schlägt Polen los?" findet sich im „Angriff" die folgende „Meldung": „Nachrichten aus dem „Korridor" lassen keinen Zweifel darüber, daß die Polen an der Weichsel eine Reservearmee aufstellen, die aus allen militärischen und nationalistischen Verbänden der Polen zusammengesetzt ist. Alle diese Verbände haben, wie man seit langem wußte, große Vorräte von Gewehren und Pistolen besessen, an denen sie ihre Mitglieder schulten und übten. Jetzt aber sollen nach zuverlässigen Nachrichten diesen Verbänden reguläre polnische Handfeuerwaffen, schwere Maschinengewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer, Geschütze und Tanks zur Verfügung gestellt worden sein. Außerdem wird die militärische Ausbildung der Verbandsmitglieder unter Hochdruck von aktiven Offizieren und Unteroffizieren fortgeführt. Man wirbt auch Freiwillige an.**

**Ist die Stunde der Gefahr, vor der wir seit der Unterschrift unter das Entwaffnungsdokument im Versailler Diktat immer und immer wieder gewarnt haben, angebrochen?"**

*

Die Kriegshetze gegen Polen, für die von der Reichstagstribüne dieser Tage der ehemalige Reichsminister Dr. Bell (vom Zentrum), nach Hermann Müllers Tod der allein noch überlebende deutsche Unterzeichner des Vertrages von Versailles, das Signal gegeben hat, ist in vollem Gange. Die Atmosphäre ist mit Spannung geladen, sie kann sich leicht in katastrophalen Abenteuern Luft machen.

# Sie hissen schon die weiße Fahne!

Berlin, 13. Mai 1932.

Ueber Nacht ist die schmale Basis grell beleuchtet worden, auf der sich die Brüning-Regierung, von Gnaden der Reichspräsidentenkanzlei noch hält. Der Rücktritt Groeners hat die Schleier gelüftet. Die Reichswehrgenerale schlagen auf den Tisch, und die Regierung, die eben erst vom Reichstag ein Vertrauensvotum bekommen hat, wie der „Vorwärts" klagend feststellt, weicht zurück!

Wie tief im Kurse ist der Parlamentarismus gesunken! Wie recht hat der „Völkische Beobachter", wenn er triumphierend vom „Zusammenbruch einer ganzen Epoche gesellschaftlicher Entwicklung" schreibt, — es ist der Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie, der „Anfang vom Ende" des parlamentarischen Systems! Die „hundert Meter vor dem Ziel," von denen Brüning gefaselt hat, es sind die hundert Meter vor dem Ziel der faschistischen Partei!

Der „Vorwärts" ist das einzige Blatt in Deutschland, das sich krampfhaft um den aussichtslosen Versuch bemüht, den sozialdemokratischen Arbeitern den katastrophalen Ernst der Lage zu verbergen. Als hätte er immer noch nicht begriffen, daß das Kommen und Gehen von Ministern und Regierungen nicht vom Parlament bestimmt wird, sondern von den wirklichen Mächten hinter den Kulissen und daß den Ausschlag unter ihnen heute die Scharfmacher des Monopolkapitals, die Generalskamarilla im Reichswehrministerium und die faschistische Bürgerkriegspartei geben!

Das Scheinparlament, das sich durch ein paar provozierende Faschisten auseinanderwimmeln läßt, ist nur noch gut, die Verlegenheitspausen während der Umgruppierung an der Spitze der Diktatur, zur Vertuschung der wahren Lage auszufüllen.

Wohin geht der Weg?

Zur Militärdiktatur und über sie — zur faschistischen Diktatur! Nur die nächsten Schritte sind noch nicht geklärt. Die Absicht, nach Lausanne noch mit einer „intakten" Brüning-Garnitur zu kommen, sind gescheitert. Es wird ein Direktorium erwogen mit Geßler und Schleicher neben Brüning, es wird erwogen, sogleich die Nationalsozialisten zu einer „nationalen Konzentrationsregierung" heranzuziehen. Aber aus dieser letzten Erwägung wird wohl nichts. Die Faschisten wissen genau, daß ihre Stunde unaufhaltsam naht, sie begnügen sich nicht mehr mit einer Machtbeteiligung, sie fordern die ganze Macht: Fort mit Brüning, Auflösung des Reichstages, Neuwahl ist ihre Losung, sie fordern sie „im Namen der geschändeten Demokratie". So siegte einst der bonapartistische Abenteurer Louis Napoleon in Paris, und so siegte Mussolini! Die gefährdete „Demokratie" versprachen sie zu retten, die Freiheit wiederzubringen!

Nur noch bis Lausanne wird man sich ohne sie behelfen müssen. Mit dem Kapp-Putschisten, dem Admiral Raeder, dem Protektor der Nationalsozialisten im Marineministerium (dem der „Vorwärts" gütlich zuredet, er werde verstehen müssen, daß er zunächst in der republikanisch gesinnten Bevölkerung nicht allzuviel Vertrauen finden wird! Mit einem Geßler oder Schleicher oder irgendeinem anderen Platzhalter von Hitlers Gnaden im Kabinett, da Herr Groener kaum von seinem Pfingsturlaub zurückkehren wird . . .

Und nach Lausanne, dessen Ergebnis heute schon festliegt, wenn man das Pariser Echo der Brüningschen Siegfriedrden liest, ist „die Galgenfrist zu Ende", wie Herr Goebbels im „Angriff" sagt.

*

Aber der „Vorwärts" redet seinem Retter immer noch gut zu: „Die Regierung Brüning muß wissen, ob sie kapitulieren oder kämpfen will." So redet er ihr zu, da sie bereits gezwungen ist, die weiße Fahne vor der konterrevolutionären Macht hinter ihr zu hissen. So redet er ihr zu, weil die sozialdemokratischen Führer ihren Anhängern immer wieder erzählten, daß die Diktaturregierung Brüning darum unterstützt und toleriert werden mußte, weil hier ein fester Damm gegen den Faschismus und weil sie zum Kampf gegen die Nazis entschlossen sei.

Jetzt, wo auch dieser Schein sich verflüchtigte, klingt noch in dem Zweifel der sozialdemokratischen Gewissensfrage die letzte vergebliche Hoffnung durch, daß Brüning tun werde, wozu er nie ernsthaft die Absicht hatte, und wozu ihm heute, selbst wenn er sie hätte, die Macht genommen ist.

Nur zu sehr ist heute unsere leidenschaftliche Anklage gegen die Tolerierungspolitik bestätigt! Unsere ständige Warnung, daß Brüning nichts anderes sei, als der Wegbereiter des Faschismus! Sein Schrittmacher, der heute schon die weiße Fahne vor ihm hißt!

Aber noch ist die Arbeiterklasse nicht geschlagen! In letzter Stunde haben es die sozialdemokratischen Arbeiter noch in der Hand, gemeinsam mit den Kommunisten das Ruder herumzuwerfen. Die einzige Rettung ist die Einigung der Arbeiterklasse und der Kampfblock aller Arbeiterorganisationen!

Wir haben gestern den Aufruf der Sozialistischen Arbeiterpartei veröffentlicht, der einen Weg weist: Zusammenschluß für die gemeinsamen Forderungen, Zurückstellung alles Trennenden in dieser Stunde der Gefahr.

Nieder jetzt mit den Saboteuren der Einheitsfront! Fort mit der Selbstmordpolitik derjenigen, die ein System stützen, das schon die weiße Fahne hißt!

# „Der Anfang vom Ende"

### Das Echo des Generalputsches

In Deutschland und in der ganzen Welt hat der atantastreichhafte politische Putsch der Generaleliqué aus dem Reichswehrministerium ein aufgeregtes Echo gefunden. Nur ganz wenige Regierungsblätter in Deutschland wagen noch, in offiziöser Beruhigung zu machen. An ihrer Spitze -- der sozialdemokratische „Vorwärts!"

## Kann man wissen?

Der „Vorwärts" schreibt: „Sollte der Rücktritt des Reichswehrministers nun doch einen Triumph der Heines-Partei bedeuten? Und hatten hohe Offiziere, statt ihrem Vorgesetzten die Treue zu halten, mit der Heines-Partei zusammen gegen jenen Vorgesetzten konstruiert . . . Wenn dem so wäre, so wäre das in der Tat ein Zusammenbruch der Staatsautorität. Indes werden gegen eine so pessimistische Auffassung triftige Gründe angeführt. Es wird versichert, daß das Reichswehrministerium eben darum entpolitisiert werden soll, weil man es vor der Gefahr schützen will, eine Einbruchstelle für den Faschismus zu werden . . . Welche von den beiden Auffassungen die richtige ist, läßt sich schwer entscheiden."

Und der Abend-„Vorwärts" überbietet dieses in der gegebenen Situation wahrhaft verräterische Beruhigungsmanöver noch, indem er schreibt: „Die Pariser Presse scheint von den offiziösen Berliner Erklärungen über die Rücktrittsabsicht Groeners und über die Unrichtigkeit der Gerüchte, daß diese Ueberraschung den obersten Führern dieser Wehrmacht zu verdanken sei, nicht rechtzeitig erreicht worden zu sein oder ihnen nicht geglaubt zu haben. Andernfalls könnten doch nicht die Pressestimmen von heute früh übermittelt werden!"

*

Diese ganz ungeheuerliche Vertuschung der katastrophalen Zuspitzung der Situation für die Arbeiterklasse steht einzig da. Es genügt ihr gegenüberzustellen, daß selbst die bürgerlichen Blätter Alarm schlagen:

## Die Schleier sind gefallen

„Berliner Volkszeitung":

**„Nun also ist der langgefürchtete Augenblick gekommen, da Deutschland getrost aus der Liste der europäischen Verfassungsnationen gestrichen werden kann. Gestern ist das Reich endgültig auf das Niveau südamerikanischer Staaten herabgesunken, in denen ein Klüngel von Offizieren Regierungen einsetzt oder stürzt, ganz nach Lust, Laune und Hoffnung auf Belohnung. Auch in der deutschen Republik ist nunmehr ein Minister abgesetzt worden, der zwei Generalen und einem Admiral nicht mehr gepaßt hat. Groeners Rücktrittsentschluß bedeutet ein flammendes Fanal dafür, daß das Militär unbeschränkt regiert und diktiert, und**

**daß Herr von Schleicher zum Regenten des 60-Millionen-Volkes aufgerückt ist.**

**In dieser Stunde, da die Schleier gefallen sind, darf es kein Deuteln und Beschwichtigen mehr geben. Amtliche Beschönigungsversuche kommen zu spät. Dies hier ist die nackte, brutale Wahrheit, aus der es nüchtern, aber unerbittlich die Konsequenzen zu ziehen gilt: Der Minister Groener hat vor dem General von Schleicher, dem unheilvollen, allmächtigen Chef des Ministeramtes, der seit langem schon sein Netz geknüpft hat, kapitulieren und aus dem Reichswehrministerium flüchten müssen."**

Das „Tageblatt":

„Groener fiel, gestürzt von seinen eigenen Generälen. Die politischen Intrigen der Generalskamarilla haben zu einem ersten entscheidenden Erfolg geführt . . . Sicher ist, daß das Triumphgeschrei der Nationalsozialisen nur allzu berechtigt ist und daß die Regierung, als sie vor den Generälen zurückwich, gleichzeitig vor den Feinden des Staates zurückwich . . . Am Ende stünde der endgültige Zusammenbruch der Staatsautorität."

„8-Uhr-Abendblatt":

„Der Reichswehrminister ist gestürzt worden, nachdem aus der Mitte der nationalsozialistischen Fraktion der Ruf ertönt ist: ‚ist dieser Mann noch geeignet, an der Spitze der Reichswehr zu stehen?' Mehr braucht man garnicht zu wissen, um den Zustand klar zu erkennen, in dem sich augenblicklich das Deutsche Reich befindet."

## Nazis ins Kabinett!

Die bürgerliche Rechte, die Hugenberg-Presse und die schwerindustriellen Zeitungen fordern, daß nachgestoßen wird. Sie verlangen die Bildung der Einheitsfront mit den Nazis.

Die „Kölnische Zeitung" schreibt: **„wenn man jetzt bis in die nächste Woche hinein warten soll, so soll man die verbleibende Zeit benutzen, um eine gründliche Umbildung des Reichskabinetts in eine nationale Konzentrationsregierung vorzubereiten. Wir appellieren nochmals an den Reichspräsidenten, er möge die nationalsozialistische Partei öffentlich zum Eintreten in das Kabinett auffordern . . . Damit schon vor der Lausanner Reparationskonferenz die außenpolitische Einheitsfront fertig ist."**

Der „unleugbare Sieg des Generals Schleicher über Groener" („Berliner Börsenkurier") wird der Anlaß zum Kotau vor den Siegern.

## Sie feiern ihren Sieg

Triumphierend verzeichnen die Nazis diesen Sieg und bereiten sich auf weitere vor. Sie fordern den Sturz von Brüning, die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen.

Ihr Zentralorgan, der „Völkische Beobachter" schreibt:

**„Der Sturz des Reichswehrministers Groener sei ein Ereignis von noch gar nicht abzusehender Tragweite. Er bedeutet zum mindesten für die Wehrmacht die endgültige Liquidation des Novemberkurses. Groeners Sturz sei der erste entscheidende Erfolg der nationalsozialistischen Politik. Dieser Erfolg bedeute die Garantie, daß die restlose Ueberwindung des gesamten „Systems" nur eine Frage der Zeit sein werde. . . . Der Minister sei über das SA-Verbot zu Fall gekommen. Trotz der Ablehnung der Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung bedeute der Sturz Groeners die schwerste Niederlage des Kabinetts Brüning, seitdem es existiere. Das öffentliche Eingeständnis des Zusammenbruchs dieser Aktion gegen die SA. macht es selbstverständlich, daß die Reichsregierung in ihrer Haltung gegenüber der NSDAP und der SA. daraus die naheliegenden Folgen ziehen müsse. Wir fordern eine neue Reichsregierung!**

**Die deutsche Nation hat am 12. Mai 1932 einen symbolischen Anschauungsunterricht erhalten, wie ein politisch sich in unaufhaltsamem Zusammenbruch befindliches System nun auch moralisch sich selbst erledigt. Der im Reichstag die Schupo von der Stelle des Reichskanzlers kommandierende jüdische Polizeivizepräsident ist das erschreckende Gleichnis des Zusammensturzes einer ganzen Epoche gesellschaftlicher Entwicklung, das letzte nervöse, außer aller Fassung geratene menschliche Sinnbild der Demokratie.**

**Wir fordern: sofortige Suspendierung des Polizeivizepräsidenten Weiß, verbunden mit einem Disziplinarverfahren gegen ihn, Klage wegen Verfassungsverletzung gegen den preußischen Innenminister Severing.**

**Ferner erwarten wir, daß der Reichspräsident nunmehr eingehend unterrichtet wird, was nichts anderes bedeuten kann, als den Rücktritt des Kabinetts, Berufung eines neuen Kanzlers, Auflösung des Reichstages nebst sofort folgenden Neuwahlen.**

Und Goebbels im „Angriff" kündigt den Anfang vom Ende an: „Die neue Zeit bricht an! Brünings Fiasko ist nun sichtbar da. Was ihm noch bleibt ist eine Galgenfrist. Er mag sie nutzen, wie er will, seine Stunde hat geschlagen!"

Es ist eine tragikomische Wendung, wenn ein Blatt wie die „Vossische Zeitung" dem „Vorwärts" sagen muß, daß er sich in der Darstellung der Ereignisse „merkwürdig geneigt zeigt, dem offiziösen harmlosen Kommunique Glauben zu schenken".

## Das Echo im Ausland

Die englische Presse erklärt einheitlich: Der Rücktritt Groeners offenbare, daß die Nationalsozialisten an Boden innerhalb der bürgerlichen Kreise in der deutschen Reichswehr gewonnen haben. („Daily Telegraph.") Die Folge wird sein, eine nationalsozialistisch-zentrümliche Koalition oder eine Militärdiktatur mit Hindenburg als formellen Diktator, und dem General und Admiral als der tatsächlichen Macht hinter dem Thron. („Daily Expreß".) Groeners Verbleiben noch ein taktisches Manöver, um das Gesicht des Kabinetts zu retten. („Times".)

Die Pariser Presse schlägt den heftigsten Alarm. „Der ‚Exzelsior' sagt: Die direkte Einmischung von Militärkreisen in die Innenpolitik des Reiches gebe die Befürchtung einer immer mehr anwachsenden Macht des großen Generalstabes. Dieser Einfluß werde eines Tages soweit gehen, den Reichskanzler zum Rücktritt zu zwingen. („Petit Parisien.) Der Generalstab erklärt dem Reichskanzler, daß Groener nicht mehr das Vertrauen der Armee besitze und Groener müsse demissionieren. Brüning werde selbst eines schönen Tages von der Reichswehr vor die Türe gesetzt werden. Der ‚Matin' betont, daß die Reichsregierung bestimmt keine Mehrheit gegenüber den Mißtrauensvoten für Groener gefunden hatte, wenn der Reichstagspräsident Löbe nicht in letzter Stunde die Sitzung vertagt haben würde. ‚Figaro': Für Brüning, der jederzeit damit rechnen müsse, daß ihm eines Tages das gleiche Schicksal widerfahre, stelle der Rücktritt Groeners nicht gerade eine Erhöhung seines Prestiges dar."

# Die Wirkung an der Grenze

ZN. Polnische Grenze, 13. Mai 1932.

Uebereinstimmende Nachrichten aus Danzig und dem Korridor melden von einer großen Erregung, die die gestrigen Vorgänge in Berlin, die als offene Generalsherrschaft gedeutet werden, hervorgerufen haben. Soll das Ganze einen politischen Sinn haben, so wird hier erklärt, so kann es nur der sein, daß vor der Konferenz von Lausanne eine vollendete Tatsache geschaffen werden soll. Das bringt im Zusammenhang mit der Bewegung in der „ehemaligen" SA, die überall zu beobachten ist.

Besonders in Anbetracht der „Pfingstruhe", d. h. einer mindestens zweitägigen Nachrichtenpause, ist man hier nervös geworden. Auch der Umstand, daß der Reichspräsident sich über Pfingsten so nahe der Grenze auf seinem Rittergut Neudeck aufhält, vermag die Bedenklichen durchaus nicht zu beruhigen.

# „Landesverrat" auch der Anlaß zu Groeners Sturz

ZN. Berlin, 13. Mai 1932.

**Ueber den unmittelbaren Grund zum Rücktritt des Herrn Groener vom Amte des Reichswehrministers erfahren wir:**

**Es ist den leitenden Generalen der Reichswehr, verstärkt durch ihre Verbindungsmänner in der Umgebung des Reichspräsidenten, dessen Adjutanten und Sohn, den Obersten von Hindenburg, und Staatssekretär Meißner gelungen, Hindenburg davon zu überzeugen, daß Herr Groener durch die Reden im Reichstag, die er als stellvertretender Reichsinnenminister über die Auflösung der SA hielt, mindestens als Reichswehrminister unmöglich geworden sei. Denn Herr Groener habe durch die Enthüllung dessen, was die SA „im Falle eines Angriffs durch Polen" zu tun beabsichtige, Interessen der Landesverteidigung preisgegeben!**

**Es unterliegt nach diesen Informationen keinem Zweifel mehr, daß der letzte Stoß gegen den schon lange „wenig erfreulichen" Herrn Groener geführt wurde im Interesse der Kriegspartei!**

# „Knochen sind abzuholen"

**Besser als alles andere wird der nationalistische Ueberfall auf den Journalisten Klotz durch folgende zwei Aussprüche charakterisiert:**

**Nach dem Vorfall im Reichstag wurde die Frau des Journalisten Klotz von offenbar nationalsozialistischer Seite telephonisch angerufen und ihr mitgeteilt, daß „die Knochen ihres Mannes" im Reichstag abgeholt werden könnten.**

**Im Aeltestenrat, der am Donnerstag Abend mit dem Ueberfall sich noch einmal beschäftigte, gab der Abgeordnete Strasser seinem Bedauern über dem Vorfall Ausdruck, aber nicht in dem Sinne, daß er die Tat seiner Fraktionskollegen etwa verurteilte, sondern im Gegenteil, weil Klotz den Reichstag überhaupt noch lebend verlassen durfte und nicht als Toter hinausgetragen werden muß.**

**Nur die Beweise einer unglaublichen Verrohung? Mit solchem Hinweis würde man dem Vorfall offenbar nicht gerecht. Diese Aeußerungen und die ganzen Umstände der Tat beweisen vielmehr, daß die Nationalsozialisten bewußt jemand aus dem Wege räumen wollten, der ihnen hinderlich ist und daß sie sich stark genug fühlten, um eine Verfolgung nicht mehr fürchten zu brauchen. Der Verhandlungsverlauf vor dem Schnellgericht hat diese Auffassung auch in vollem Umfang bestätigt.**

# Vom Geschichtsunterricht in der Schule

Der Verlag der Dürrschen Buchhandlung in Leipzig, der, auch schon in der Vorkriegszeit, sich die anerkennenswerte Aufgabe gestellt hatte, die offiziell noch verfemten modernen pädagogischen Bestrebungen nach einer kindesgemäßen Gestaltung des Schulrichts durch verlegerische Mitwirkung zu unterstützen, hat sich jetzt zur Herausgabe eines „Geschichtsbuches für die Oberstufen an Volksschulen der Deutschen Republik" entschlossen. Ein in der Methodik des Geschichtsunterrichts wohlbekannter Autor, Arthur Wolf, hat es verfaßt und ihm den Titel „Heimat — Vaterland — Welt" gegeben. Das Buch umfaßt die Geschichte der neuesten Zeit: von der Entstehung der Vereinigten Staaten von Amerika bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Inhaltlich können wir wohl das uns hier Dargebotene als den Versuch einer Ausführung der in der Weimarer Verfassung niedergelegten Grundauffassung und der von der bürgerlich organisierten Lehrerschaft übernommenen republikanischen Staatsideologie ansehen, die über die Klassentatsachen und Klasseninteressen wie über die Klassenschranken und Machtmittel mit der Theorie von der Klassenharmonie und -versöhnung sich hinwegzutäuschen und die dennoch in Erscheinung tretenden gesellschaftlichen Gegensätze durch einfache Dekretierung wegzuexkamotieren versuchen. Wie es ihnen das Vorbild der Verfassung in Artikel 148 zuvortut, wenn es befiehlt: „In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben." Was doch wohl nichts anderes bedeutet, als Nationalismus und Internationalismus in einer „höheren" Einheit aufzulösen. Gewiß, es hat — besonders nach dem Kriege — nicht an immer wieder erhobenen Forderungen gefehlt, die alteingefressene Kriegs- und Dynastiengeschichte durch Belehrungen aus der Wirtschafts- und Kulturgeschichte zu ergänzen, und wir haben auch bis zum Ueberdruß das Wort gehört von der Arbeit, die nunmehr Grundlage und Stoff eines neuen Geschichtsunterrichts darstellen solle; aber niemand, der die Schule kennt, wird ernstlich behaupten wollen, daß auf solche Worte Taten gefolgt wären.

Es hieße das ja auch von dem kapitalistischen Schulherrn „Staat" und seiner auf dem Klassengegensatz aufgebauten Schule nichts weniger verlangen, als sich selbst aufzugeben. Um aber doch diese Tatsache etwas anders scheinen zu lassen, wird das Unmögliche immer wieder versucht, zwischen all den Gegensätzlichkeiten, die nun einmal eine Klassengesellschaft naturnotwendig in sich birgt, und die gerade in unseren Zeitläuften ihre unerhörteste Zuspitzung erfahren, eine mittlere Linie zu finden; Versuche, die eben wegen der den historischen Dingen innewohnenden Logik ebenso oft scheitern müssen. **Es kann im Klassenstaat keine gemeinsame Auffassung über Staat und Gesellschaft, über Arbeit und Kapital, über Krieg und Recht, über Autorität und Freiheit usw. geben,** ebensowenig wie eine objektive, tendenzlose, über den Parteien und Meinungsverschiedenheiten stehende Wissenschaft. Deswegen kann auch die Geschichtswissenschaft und der Geschichtsunterricht der herrschenden bürgerlichen Klasse niemals zugleich die Geschichtswissenschaft und der Geschichtsunterricht des Proletariats sein. Die proletarische Auffassung der Geschichte, die zugleich die Diskrepanz der Klassenverhältnisse am einfachsten und praktischsten, im Anschluß an die erlebte Wirklichkeit aufdeckt, ist der historische Materialismus. Ihm steht in erklärter Feindschaft die ausbeuterische Klasse gegenüber, weil sein Sieg ihren Untergang bedeutet. Die heutige Republik des kapitalistischen Klassenstaates kann keine andere Stellung dazu einnehmen.

Alles das, was hier grundsätzlich zur Geschichtsdarstellung gesagt ist, trifft auch auf das Buch von Wolf in stofflicher Hinsicht zu. Sogar vor byzantinischer Heldenverehrung und legendärer Geschichtsklitterung macht das Buch nicht halt; wir greifen nur als Beispiel die angeblich „edle Königin Luise" heraus, über deren wirkliches Lebensbild sich Wolf schon in den Aufzeichnungen Alexander von Humboldts hätte orientieren können, wenn er nicht die Aeußerungen des Freiherrn vom Stein und ihres Spezialbiographen hätte heranziehen wollen. Was der Verfasser unter „Völkerversöhnung" versteht, das charakterisiert hinreichend ein Satz auf Seite 299 seines Buches: „Während in Paris der Franzose Clémenceau, der Engländer Lloyd George, der Amerikaner Wilson und der Italiener Orlando darüber nachsannen, wie sie das Deutsche Reich zerstückeln und vernichten könnten . . .", das erinnert allzu lebhaft an die chauvinistische Auslegung der Verfassungsautorität der deutschen Republik von Dr. Anschütz. Die Erfolge solcher akademischen Erziehung zur Völkerversöhnung zeigen uns mit aller Deutlichkeit die Universitätsskandale in Berlin und Halle.

Können wir uns so mit dem Stofflichen des Wolfschen Buches nicht einverstanden erklären, so müssen wir doch in anderer Hinsicht dem Verfasser zustimmen. Er trägt allen vernünftigen Grundsätzen der modernen Methodik Rechnung:

Er beschränkt sich auf das Wesentliche, das Charakteristische und das Wertvolle in der historischen Entwicklung und gruppiert deshalb seinen Stoff um geschichtliche Höhepunkte; gleichzeitig aber ist er bemüht, deren Zusammenhang herzustellen, damit die geschichtliche Kausalität nicht verloren geht. Er konzentriert sich nicht auf die Zerstörungs- und Vernichtungsarbeit des Krieges, sondern stellt ihr die werteschaffende, aufbauende Kulturarbeit gegenüber. Er begnügt sich bei den Einzelbildern nicht mit inhaltsleeren Phrasen, wie wir sie hinlänglich aus anderen Geschichtsbüchern kennen („er hob Handel und Gewerbe, er verbesserte die Rechtspflege usw."), sondern malt dem Schüler ein lebendiges Bild, das ihn ergreift. In der Art, wie uns das der Meister des kindertümlichen Geschichtsunterrichts, A. Cl. Scheiblhuber, gelehrt hat; er benutzt geschichtliche und besonders heimatliche Urkunden und Quellen und gestaltet sie zu spannenden Handlungen um, und macht auf diese Weise auch das sonst schwer Verständliche am persönlichen Erlebnis lebendig. Seine Sprache ist kindesgemäß und packend zugleich.

Den proletarischen Lehrern aber möge das Buch ein Hinweis und ein Ansporn zugleich für die Riesenaufgabe sein, die ihnen allein schon der Geschichtsunterricht beim Umbau der kapitalistischen Schule in die sozialistische stellt.

Georg Steinfeld.

## Brüst raus — Gedanken weg!

Eine Rede, um die sein Epigone Hitler ihn beneiden wird, hielt Mussolini vor den Studenten an der Universität Rom beim Semesterschluß. Sie gipfelte in den Worten: „Buch und Büchse — ist mein Befehl." Diese Zusammenstellung von Buch und Büchse dürfte bei den Studenten arge Verwirrung angerichtet haben. Wieso — so werden sie gefragt haben — sollen wir uns neuerdings auch noch mit Büchern beschäftigen? Keine Sorge, liebe Studenten, auch die Organisierung des Völkermords will aus den Büchern gelernt sein. Daß die Rede bei Semesterschluß gehalten wurde, läßt vermuten, daß der Beginn des nächsten Semesters durch den kommenden Krieg etwas hinausgeschoben werden dürfte.

## Kleines Feuilleton

### Gummi als Spinnmaterial

Die seit längerer Zeit in Gang befindlichen Versuche, aus Kautschuk ein verspinnbares Material herzustellen, sind nunmehr soweit gediehen, daß in den Vereinigten Staaten eine umfangreiche Fabrik zur Herstellung von Geweben aus Kautschukfäden errichtet werden soll. Das Gewebe soll in erster Linie als Ersatz für die bisher aus Baumwolle hergestellten leichteren Segeltuchqualitäten dienen, während es den Leinenqualitäten kaum Konkurrenz machen dürfte.

### Fledermäuse verbreiten die Tollwut

Der auf Trinidad lebende Bakteriologe Prof. Pawan hat als Träger der seit etwa einem Jahr auf der Insel wütenden Tollwut-Seuche die dort sehr stark verbreiteten Fledermäuse entlarvt. Der Arzt wurde für seine Entdeckung von der Regierung mit einer Belohnung von 1000 Dollars ausgezeichnet und mit der Bekämpfung dieses bisher als harmlos geduldeten Tieres zum Zwecke seiner Ausrottung beauftragt.

## Das Lindbergh-Baby ermordet

New York, 13. Mai 1932

**Am Donnerstag machte der Gouverneur von New Jersey die sensationelle Mitteilung, daß nach einem Bericht der Ortsbehörde von Mountrose im Staat New Jersey das Lindbergh-Kind tot aufgefunden worden sei.**

*

Nach aus Trenton im Staat New Jersey eingetroffenen Meldungen ist die Leiche des Lindbergh-Babys in Hopewell in der Nähe der Villa Lindberghs aufgefunden worden. Die Leiche wurde von einem Neger entdeckt. Als er auf seinem Lastwagen auf der Straße entlang fuhr, bemerkte er etwa drei Kilometer vom Hause Lindberghs entfernt am Straßenrand einen Kinderfuß aus einem Blätterhaufen herausragen. Er benachrichtigte sofort die Polizei, die die stark in Verwesung übergegangene Leiche an den Resten der Kleidung als die des Lindbergh-Kindes feststellte. Die Leiche wurde zur Untersuchung nach Trenton überführt.

*

Die gerichtsärztliche Untersuchung der Leiche des Lindbergh-Kindes hat ergeben, daß der Tod durch einen Schädelbruch eingetreten ist, der entweder durch einen Schlag oder durch das Herauswerfen aus einem Auto herbeigeführt wurde. Der Kopf wies ein markstückgroßes Loch auf. Die Verwesung ist schon sehr weit fortgeschritten. Die Augen, der linke Fuß und ein Teil des linken Beines fehlen.

*

Polizeioberst Schwarzkopf gab die Erklärung ab, daß jetzt jedes Mittel angewandt werde, um die Mörder des Lindbergh-Kindes zu fassen. Bisher habe man auf die Wünsche Lindberghs Rücksicht genommen, der direkt mit den Entführern verhandeln wollte.

## Deutscher Dampfer gestrandet

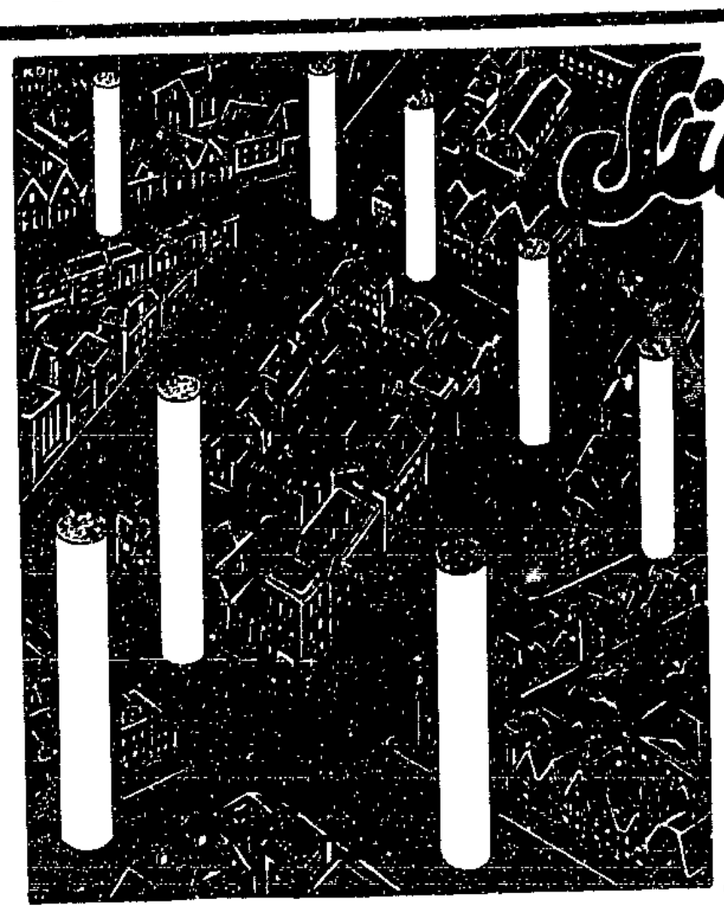
Lissabon, 13. Mai 1932

Ein schweres Unglück ereignete sich bei der Bergung der Mannschaft des deutschen Dampfers „Gauß" von der Neptunlinie, der in der Einfahrt zum portugiesischen Hafen Oporto aufgelaufen ist. Ein Rettungsboot, das im Schlepptau einer Motorbarkasse lief, riß sich los und kenterte. Als die Barkasse Hilfe bringen wollte, brach ihr das Steuer. Sie trieb ab und kenterte ebenfalls in den hohen Wellen. Insgesamt haben bisher 12 Menschen ihr Leben eingebüßt. Nur einigen der Insassen gelang es, das Ufer schwimmend zu erreichen, die anderen ertranken. Fünf oder sechs Mann der Besatzung der „Gauß" haben sich geweigert, das sinkende Schiff mit Hilfe der Rettungsleine zu verlassen. Man hofft, auch sie noch retten zu können. Die „Gauß" kann jeden Augenblick untergehen.

## Pro Patria

Rio de Janeiro, 13. Mai 1932

An Bord eines Militärflugzeugs ereignete sich beim Start zu einem Flug nach Paraguay eine Explosion. Das Flugzeug wurde zerstört. Von den Insassen wurden drei getötet und vier verletzt.



Sie treffen mich täglich auf allen Wegen!

Millionen bekennen sich zu

JUNO,

der guten, aromatischen Josetti-Cigarette, und verzichten auf Gutscheine, Wertmarken oder Stickereien, da sie in „Juno"

das Ideal einer Qualitäts-Cigarette

sehen, die keinerlei Zugaben braucht

„Juno" hält strengster Kritik stand!

## A 1 Köln

**Wir haben Ausstellungsgebäude** und das **verpflichtet** zu teuren alljährlichen Ausstellungen. In diesem Jahre ist es „Der Schutz von Eigentum und Leben", der für den notwendigen Betrieb sorgen muß. Die Ausstellung, die das Defizit der Stadt wieder um einige „Nullen" vergrößern wird, wurde am 8. Mai mit einem großen karnevalartigen Rummel eröffnet. Selbst die restlos verspießerte und mit dem Sozialismus auch die entfernteste Verbindung ablehnende Großmutter „Rheinische Zeitung" konnte ein freudiges Leuchten in ihren, vom Ausschau nach „Wiederaufstieg" fast erblindeten Augen nicht verkneifen. Sie schrieb etwas vom „unverwüstlichen Geschäftsoptimismus der Kölner Geschäftswelt". Ein Rummel, „Kölner Woche" genannt, leitete die Ausstellung ein. Zur Ausstellung selbst braucht nicht viel gesagt zu werden, sie ist ein Verlegenheitsprodukt. Gleich beim Eintritt wird man von einem überlebensgroßen Bild Hindenburgs und einigen auflackierten Blechverschalungen vergangener Ritterlichkeit begrüßt. Dann kommt die Reichswehr und, als Gegenüberstellung, ein Ausschnitt aus den Rüstungen der Nachbarländer. Ein Stich ins „nationale" Herz wird mit einer Bemerkung, die über einer großen Photographie eines Riesentanks hängt, geführt: „Für Deutschland verboten".

**Mitgliederversammlung.** Genosse J. Scheuren gab einen sachlichen Bericht über den Parteitag, an den sich eine Aussprache anschloß. Darin wurde u. a. scharfe Kritik an dem Verhalten des Delegierten auf dem Parteitag geübt. Erst gegen 12½ Uhr fand die Versammlung mit der Annahme folgender Entschließung ihr Ende: „In der heutigen Krise braucht das Proletariat eine revolutionäre, kommunistische Klassenführung nötiger denn je. Da die KPD durch ihr Versagen es sich verscherzt hat, die Vorhut der Arbeiterklasse zu sein und da es unmöglich ist, in der KPD mit Erfolg gegen die Fehler dieser Partei zu kämpfen, halten die Kölner Genossen es für ihre Pflicht, in der SAP an der Entwicklung einer neuen führenden revolutionären Partei mitzuarbeiten. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Politik jedes Genossen an den Grundsätzen der Partei orientiert ist. Die Grundsätze der SAP sind in der auf dem Parteitag angenommenen Prinzipienerklärung festgelegt, an die jedes Mitglied im Sinne des demokratischen Zentralismus gebunden ist. Die Prinzipienerklärung ist gegenüber dem ersten provisorischen Programm der Partei ein Fortschritt zu größerer revolutionärer Klarheit, d. h. zum Kommunismus hin. Die Prinzipienerklärung ist aber noch kein vollendetes revolutionäres Programm. Deshalb bedeutet das Gebundensein daran nicht, daß die Diskussion erstickt werden soll. Auch über die grundsätzlichen Fragen der Partei wird und muß weiterdiskutiert werden. Aber für jede politische Handlung ist die Prinzipienerklärung, so lange sie in Kraft ist, die allein gültige Richtschnur. Die Erklärung der Gen. Siemsen und ihrer Freunde, die Prinzipienerklärung nur als Diskussionsplattform anerkennen zu wollen, gefährdet die geschlossene Aktionskraft der Partei und muß aufs schärfste abgelehnt werden. Die Versammlung protestiert gegen die den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus hohnsprechenden Artikel von Kleineibst, Küster, ihren Freunden im „Anderen Deutschland", die einen Vorstoß gegen die Prinzipienerklärung forderten. Das Verhalten des Genossen Rück und seiner Freunde mit der Herausgabe der „Generallinie", mißbilligt die Kölner Parteigenossenschaft."

## Solingen

**Die Arbeitersänger tagten.** Im Gewerkschaftshaus Solingen fand die 34. Generalversammlung des **Gaues Rheinland** des Deutschen Arbeitersänger-Bundes statt. Alle Vereine **hatten Delegierte entsandt**, die mit größtem Interesse den **Verhandlungen** folgten. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Zoske-Köln ist hervorzuheben, daß die Spaltung durch die kommunistische Opposition als beendet zu betrachten sei. Zwar seien im Laufe des letzten Jahres noch vier Vereine mit 100 Mitgliedern zur Opposition übergetreten, dem stehe allerdings ein Zuwachs von acht neuen Vereinen mit 188 aktiven Sängern gegenüber. Der Gau umfasse heute 135 Vereine mit 6000 Mitgliedern. Schwer lastet auf allen Vereinen die Krise; denn 60 bis 70 Prozent der Mitglieder sind arbeitslos. Die hohen Abgaben an die Tonsetzervereinigung seien eine schwere Belastung für den Bund. Dringend verlangt werden müsse eine Senkung der ungerechten hohen Berechnung der Vergnügungssteuer, die es den Vereinen kaum ermögliche, künstlerisch wertvolle Veranstaltungen abzuhalten. Dem Rundfunk müsse die Arbeiterschaft mehr Beachtung schenken als bisher. Der politischen und kulturellen Reaktion im Rundfunk sei die organisierte Macht der Arbeiterschaft entgegenzusetzen. Zu begrüßen sei das enge Zusammenarbeiten des DASB mit dem Arbeiterradio-Bund. Nur durch Zusammenwirken dieser proletarischen Kulturorganisationen sei die Möglichkeit gegeben, auf die Programmgestaltung der Sender Einfluß zu gewinnen. Gegen die einseitige Heranziehung der Kirchenchöre zu Konzertveranstaltungen des Rundfunks müssen die Arbeiterhörer energisch protestieren. Im letzten Jahre z. B. sangen im Westdeutschen Rundfunk die Kirchenchöre 33 Stunden, die bürgerlichen Chöre 15 Stunden und die Arbeiterchöre nur 1 Stunde. Zum Thema: „Arbeitersänger und Wirtschaftskrise" sprach Bundeskassierer Höft. Die durch die ungeheure Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Mindereingänge an Beiträgen habe die kulturellen Einrichtungen des Bundes stark gefährdet. Die Chorleiterfortbildungskurse seien eingestellt worden. Ob die Funktionärschulungskurse in Friedrichsroda fortgeführt werden könnten, sei noch zu bezweifeln. Die Ausführungen der Referenten wurden in der Diskussion erweitert und vertieft, besonders wurde darauf hingewiesen, den Kampf gegen die Kulturreaktion aktiver zu führen. — Die Forderungen der Arbeitersänger, seien es Steuerermäßigung bei Konzerten, Parität im Rundfunk usw., lassen sich nicht, von den großen politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft losgelöst, erringen, sondern werden nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn auch die Arbeitersänger aktiv mitwirken an der Herstellung einer gemeinsamen, geschlossenen Kampffront des Proletariats gegen kulturelle, politische und wirtschaftliche Reaktion.

# Einheitsfront rechts und links

## Die parteipolitische Neutralität des ADGB!

Sofort nach der Veröffentlichung des Verbotes des kommunistischen Freidenkerverbandes wandte sich die SAP an sämtliche proletarischen Organisationen in Stettin, zu einer gemeinsamen Protestaktion aller Stettiner Proletarier. Wir wiesen darauf hin, daß durch die Umzüge am 1. Mai bewiesen worden sei, daß das Stettiner Proletariat 120 000 Mann auf die Beine bringen könne, daß diese, gerade die Wahlen hätten das bewiesen, aktiviert und zusammengeführt werden müßten.

Als einzige Antwort kam die des ADGB, die in ihrer Art so typisch ist, daß wir sie hier öffentlich beantworten wollen. Zunächst die Antwort selbst:

Stettin, 9. Mai 1932.

An die
Sozialistische Arbeiter-Partei
Stettin.

Werte Genossen! Wir haben Eure Zuschrift vom 7. Mai erhalten. Eine Vertretung zu der vorgesehenen Besprechung werden wir jedoch nicht entsenden, trotzdem wir nicht nur die Herstellung einer Einheitsfront, sondern noch mehr die Wiederherstellung einer Einheitsorganisation der Arbeiterschaft für nötig und erstrebenswert halten.

Da jedoch Eure Tätigkeit, wie auch diejenige der KPD, nur im fortwährenden Spalten bestand, halten wir Euch nicht für berufen, den Aufbau der Einheitsorganisation zu veranlassen. Bei einigermaßen ruhiger Ueberlegung solltet auch Ihr einsehen, daß Eure Existenz absolut überflüssig ist. Daraus wäre die einzig richtige Folgerung zu ziehen, daß Ihr Eure Parteigrüppchen schnellstens liquidiert und Euch der Mutterorganisation, nämlich der SPD, anschließt. Eine solche Handlung wäre wenigstens ein kleiner Schritt zur Einheitsorganisation.

Mit freundlichem Gruß

Stempel und unleserliche Unterschrift.

Der ADGB anerkennt die Notwendigkeit der Einheitsfront, aber er sabotiert sie, weil wir nicht berechtigt seien, dazu aufzufordern. Unsere Berechtigung leitet sich aber schon aus der Tatsache her, daß der ADGB, der die eigentliche Grundlage dazu bildet, nichts dafür unternimmt. Im Gegenteil, selbst wenn er von außen aufgefordert wird, sabotiert er — und macht einseitig parteipolitische Reklame für seine Mutterorganisation. Dabei ist er naiv genug, anzunehmen, wir können sofort zu einer gemeinsamen Organisation, die er sich, wie man sieht, nur reformistisch vorstellen kann.

Die ruhige Ueberlegung hat uns jetzt durch das Schreiben des ADGB erneut zu der Ueberzeugung von der Wichtigkeit unserer Parteineugründung gebracht. Den Beweis für die Behauptung, daß unsere Tätigkeit im fortwährenden Spalten bestand und besteht, tritt der ADGB erst gar nicht an. Er weiß zu genau, daß wir für die Einheit der Arbeiterorganisationen überall eintreten, daß wir sogar in der SPD solange waren, bis der Parteivorstand aus Angst vor der Revolutionierung der Mitgliedschaft die Spaltung vollzog.

Immerhin muß die Antwort des ADGB noch vernünftig genannt werden gegenüber dem Unsinn, den die kommunistische „Volkswacht" verzapfte. Die üblichen Phrasen von ihrer „Einheitsfront", von dem „Manöver", das sie ablehnen müsse, da die Masse längst erkannt habe, daß sie sich unter die Führung der KPD zu begeben habe.

Noch katastrophaler zum Ausdruck gebracht haben diesen Unsinn bei der Vorbesprechung die kommunistischen Genossen als Vertreter der IFA. „Wenn in dem Aufruf der „Roten Fahne" gestanden habe, man will mit allen Arbeiterorganisationen Einheitsfront machen, so ist das richtig, aber nicht mit ihren Führungen", so erklärte der KPD-Mann. Die scharfen Vorwürfe der KPO-Genossen Neukamp und Griel, die Angriffe gegen die KPD-Politik des Genossen Binder (SAP) und des SJV-Genossen hörten sich die KPD-Genossen ruhig und widerspruchslos an — und verließen schließlich als einzige den Raum, als ein Antrag gestellt wurde, daß nur diejenigen weiter zusammen tagen sollten, die positiv an der Aktion mitarbeiten wollten.

Es wurde dann die Aktion vorbereitet und ein Ausschuß geschaffen von 8 Organisationen, die die Aktion für Freidenkertum und Arbeiterkultur weiter vorbereiten werden. Erwähnt sei, daß der deutsche Freidenkerverband Stettin keine Notiz von der Einladung genommen hat, während der Genosse der freireligiösen Gemeinde seine grundsätzliche Uebereinstimmung mit dieser Aktion betonte — und die Mitarbeit seiner Organisation zusicherte.

## Hamburg

**Bürgerschaft.** Die neugewählte Bürgerschaft trat erstmalig zusammen. Alterspräsident ist der kommunistische Abgeordnete Wahlgreen. Er beruft seine Fraktionskollegen Lux und v. d. Reith als Schriftführer. Nach dem Namensaufruf, der die Anwesenheit von 158 Abgeordneten feststellt, benutzt Wahlgreen seine Position, um die Situation unter Aufzeigung kommunistischer Grundsätze zu beleuchten. Er hält dann dem Bürgertum einen Spiegel vor und beweist ihm seine Unfähigkeit, der Krise Herr zu werden. Unnötig zu sagen, daß während dieser Rede die Nazis den Saal verlassen und daß die SPD nur mit ironischen Bemerkungen reagiert. Der Alterspräsident empfiehlt sodann eine Tagesordnung, die von der KPD mit 14 Punkten eingereicht ist. Sie soll unter Punkt 1 Arbeitsbeschaffung, 2. Wohlfahrtsleistungen, 4. Mietefragen, 6. Aufhebung des RFB.-Verbots 7. Aufhebung des Prol. Freidenker-Verbots, 9. Straffreiheit, 12. Beschlagnahme von Wohnungen u. a. behandeln. Dagegen liegt die Tagesordnung der Kanzlei vor, die lediglich die geschäftsordnungsgemäßen Wahlen vorsieht. Podeyn (SPD) beantragt, diese zu genehmigen. Dettmann (KPD) weist auf die Notwendigkeit der von seiner Fraktion beantragten Punkte hin. In der Abstimmung wird mit der Mehrheit von Nazis bis SPD die TO. der Kanzlei genehmigt. In der Geschäftsordnungdebatte stellt Westphal (KPD) fest, daß diese Mehrheit das parlamentarische Spiel den dringendsten Aufgaben vorzieht. Zum Präsidenten wird von der SPD, der Staatspartei und dem Zentrum, die zusammen über 69 Sitze verfügen, Dr. Ruscheweyh (SPD) gewählt. Der Nazikandidat Richter erhält die Stimmen der Nazis, DNV und DVP mit insgesamt 65 Stimmen. Dr. Ruscheweyh nimmt an. Die Nazis, die sich ihres Rechtes als stärkste Fraktion beraubt sehen, kündigen nunmehr durch v. Allwörden an, daß sie sich nicht an den Vorstandswahlen beteiligen und grundsätzlich eine Mitarbeit und Verantwortung an den parlamentarischen Arbeiten ablehnen. Die Deutschnationalen schließen sich dem an. Dadurch wird das Präsidium eine Angelegenheit der Weimarer Koalition. Die Wahl ergibt: 1. Vizepräsident: Landahl (StP), 2. Vizepräsident: Beyrich (Z.), Schriftführer: Knödel, Hennigsen (SPD), Schäper, Uetzmann (StP).

## Elmshorn

**Das ist Wahnsinn! 18 Pfg. Stundenlohn!** In Halstenbek befinden sich große Gärtnereibetriebe. Alljährlich holen sie die treuergebenen Adolf-Männer, junge Mädel, junge Klassengenossinnen aus Ostpreußen. von der polnischen Grenze, ja aus Polen, um diese für sich arbeiten zu lassen. Aus Not kommen diese jungen Arbeiterinnen. Für 28 Pfennig Stundenlohn wurden sie eingestellt. Bei zehnstündiger Arbeitszeit bekamen die Mädel einen Wochenlohn von etwa 15 Reichsmark ausbezahlt. Hiervon geht die Miete ab, so daß für Kleidung und Nahrung nichts übrig bleibt. Nach Ansicht jener Herren sind die Löhne zu hoch, sie müssen abgebaut werden. Und so bauten die Herren nach Stegerwaldscher Methode im Namen der Republik von 28 auf 18 Pfennig die Stunde ab. Das Volk müsse auch etwas von der Not spüren. Etwas über 10 Reichsmark Stundenlohn! Abends ist Versammlung. Das war „Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit", die ja so zuverlässige republikanische und rote Preußenpolizei sorgt für die Ruhe der „Herren". Dieses Beispiel zeigt mit aller Deutlichkeit, wieweit es mit dem Schutz der Arbeiterrechte bestellt ist. In Elmshorn baut man sonst auch tüchtig ab. Die Malergehilfen von 115 auf 72 Pfennig Stundenlohn, die Maurer von 113 auf 86 Pfennig die Stunde. Und dabei meinte ein sozialdemokratischer Stadtverordneter gegenüber einem unserer Genossen, die Tolerierung habe sich sehr gut bewährt! Jawohl, die Arbeiter merken es!

## Neumünster

**Mitgliederversammlung.** Nach einem glänzenden Referat des Genossen Weiß, Kiel, über „die politische Lage nach den Wahlen" beschäftigte sich die Versammlung mit der Angelegenheit Düby, Rück und Genossen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 11. Mai 1932 tagende Mitgliederversammlung der SAP, Ortsgruppe Neumünster, verurteilt aufs schärfste das organisationsschädigende Verhalten der Genossen Rück, Düby usw. Das Vorgehen dieser Genossen ist umso verwerflicher, weil im Rahmen der SAP in weitgehendstem Maße die Möglichkeit gegeben ist, für die Richtigkeit ihrer Gedankengänge einzutreten Die Versammlung begrüßt das Vorgehen des PV."

**Der Kapitalismus am Pranger.** Ein 30jähriger Mann, Willi Richert, in Neumünster, hat es sich zur Aufgabe gestellt, den „Weltrekord" irgendeines Amerikaners Charly im „Flaggenmastsitzen" zu „brechen". Eine 15 m hohe Stange wird am „Tivoli" angebracht, darauf ein Stuhl befestigt, ein Mann steigt hinauf, setzt sich in den Stuhl mit dem Vorsatz, länger als 50 Tage und 1 Stunde, das ist nämlich der „Weltrekord", dort zuzubringen. Der Bruder von Richert versorgt ihn mit Lebensmitteln und verkauft Postkarten, 15 Pfg. das Stück. Seit dem 30. April sitzt er schon dort oben. Das ist der Tatbestand. Sollte man nicht glauben, daß diese Geschichte im Gelächter der erstaunten Zeitgenossen untergehen würde? Keine Spur davon! Denn sie ist mehr als nur ein Spiel. Wie dieser „Sport", so ist auch die Art, wie die Menschen hierauf reagieren, ein Symptom der Zeit. Gibt es ein besseres Negativ des kapitalistischen Gesellschaftsportraits als dieses? Willi Richert: jahrelang arbeitslos, verheiratet, 2 Kinder. Sein guter Wille stößt in dem Widersinn der heutigen herrschenden Gesellschaft auf unzerbrechliche Mauern. Er war Jazztrommler, Zirkusakrobat usw. Nur ein auskömmliches Dasein hatte er nicht. Das Wohlfahrtsamt war seine widerspenstige Ernährerin. Jahrelang. Er war Mitglied des großen Heeres der Darbenden, der Arbeitslosen. Das Wohlfahrtsamt schafft mit affenartiger Geschwindigkeit eine neue Regelung der Unterstützungssätze für Richert, da er ja jetzt eine „Nebeneinnahme" habe. Die Unterstützung für Richert fällt weg, nachdem es dem Einspruch seines Bruders gelungen ist, sie für die Familie zu erhalten. Man wollte sie um die Hälfte reduzieren.

## Delitzsch

**Genossenschaftsgeneralversammlung.** In der Halbjahres-Generalversammlung der Konsum- und Spargenossenschaft Delitzsch gab unser Genosse Geithe den Geschäftsbericht. Daraus ging hervor, daß trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und dem Lohnabbau der Umsatzrückgang durchaus der jetzigen Wirtschaftslage entspricht. Der Durchschnittsumsatz der Mitglieder ist außerordentlich gut und beweist, daß trotz aller Hetze und Sabotage die Mitgliedschaft dem Verein die Treue bewahrt hat. In der Diskussion sprach nur Genosse Simon von der KPD, der sich dafür einsetzte, daß in Zukunft alle Genossen der KPD ihre Einkäufe wieder im Konsumverein tätigen und sich genossenschaftlich organisieren müssen. Daß das von seiten der KPD-Genossen bisher unterblieb, führte er auf die Spaltung der Arbeiterbewegung zurück. Uns scheint jedoch vielmehr, daß diese Spaltung der Arbeiterbewegung gerade auf genossenschaftlichem Gebiet unterblieben wäre, wenn Franz Simon diesen heute vertretenen richtigen Standpunkt schon vor zwei Jahren gehabt hätte, als die Ertinger und Koenen drauf und dran waren, auch die Delitzscher Genossenschaft zu ruinieren. In seinem Schlußwort begrüßte Genosse Geithe diese Wendung der KPD. Die Vorstandswahl ergab die Annahme eines Vorschlags, alle politischen Richtungen im Aufsichtsrat zu vertreten und sich nicht nur auf eine Partei zu konzentrieren. Diesem Vorschlag wurde mit Mehrheit zugestimmt. Nach Beendigung der Tagesordnung der Generalversammlung wurde nach Ausführungen der Genosse Elkner (KPD) und Baumgärtel (SAP) eine Entschließung angenommen, die sich gegen das Verbot des Verbandes der proletarischen Freidenker wendet. Die Entschließung fand einstimmige Annahme. Nur der linke SPD-Mann Hampe beteiligte sich überhaupt nicht an der Abstimmung.

## Swinemünde

**Mitglieder-Versammlung.** Hervorzuheben ist besonders die Tatsache, daß sich mehrere Gäste aus intellektuellen Kreisen eingefunden hatten, die nicht nur die Ausführungen durch bejahende Zwischenrufe unterstützten, sondern auch selbst das Wort ergriffen, um sich in ausführlicherweise über den Geist und über die Ziele der SAP auszusprechen. Ganz offen wurden die Ziele und die Taktik der SPD verurteilt und ihre Erfolge nur ihrer Vernebelungskunst zugeschrieben. Es würde uns eine Freude sein, die Gäste bald als neue Kämpfer für den Sozialismus in unseren Reihen sehen zu dürfen. Auch aus den Worten der Parteigenossen ging hervor, daß wir uns von unseren als richtig erkannten Zielen und von dem als einzig möglichen Weg zu der Einheitsfront des Proletariats auf keinen Fall auch nur um einen Zoll trennen werden. Um auch die persönlichen Beziehungen mehr zu pflegen, wurde beschlossen, am Sonntag nach Pfingsten, 22. Mai, einen „Bunten Abend" zu veranstalten. Lieder zu Klavier und Laute, Deklamationen, Vorträge und gemeinsam gesungene Lieder sollen geboten werden. Wir hoffen, daß nicht nur alle Parteigenossen, sondern auch recht viele Gesinnungsfreunde unserem Ruf folgen werden.

## Kleine Sportnachrichten

**Freie Turnerschaft Nord-Frankfurt a. M.** Samstag, 21. Mai, pünktlich 20 Uhr, Quartalsversammlung bei Reitz in Frankfurt a. M.-Preungesheim. Infolge der äußerst reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

**Pfingstprogramm in Delitzsch**

Sportklub 1. und 2. Mannschaft spielt am Sonnabend, den 14. Mai 1932, gegen Frisch-Auf-Wurzen 1. und 2. Mannschaft. Wurzen I spielt im Leipziger Bezirk 1. Klasse in Gruppe A III an dritter Stelle. Es ist bestimmt mit einem interessanten Treffen zu rechnen, so daß die Zuschauer auf ihre Kosten kommen werden. Das Spiel der 1. Mannschaften beginnt um 18 Uhr, das Spiel der 2. Mannschaften um 16.30 Uhr. Beide Spiele werden auf dem Sportplatz an der Luisenschule ausgetragen.

## Organisationsnachrichten

**Warnung!**

Wir warnen alle Bezirks- und Ortsgruppen nachdrücklichst vor Bruno Rebenstorf aus Hamburg, der die Organisation erheblich geschädigt hat. Er ist mit unbekanntem Ziel aus Hamburg verschwunden. Es ist damit zu rechnen, daß er anderen Ortes auftaucht und versucht, Unterstützungen zu erhalten oder wieder in der Partei Aufnahme zu finden. Alle Funktionäre werden gebeten, sofort von dem Auftauchen des Genannten Nachricht nach hier zu geben.

**Bezirk Nordon**

i. A.: Willi Elsner, Hamburg 33, Lienhardstr. 11 II.

**SAP Hörde und Aplerbeck:** Samstag, 21. Mai, 20 Uhr, im Lokal Obermöller, Germanenstraße, Hörde, Versammlung. Genosse Schmid gibt einen Bericht über den Reichsparteitag.

# Durch Einigung zum Sieg!

## Reichstagsrede des Abgeordneten Andreas Portune

Aus der Reichstagsdiskussion tragen wir hier noch die Rede unseres Abgeordneten Andreas Portune nach.

Der Herr Abgeordnete Dr. Bell und verschiedene andere Redner dieses Hauses haben uns im Laufe dieser Auseinandersetzung eine Vorlesung über den Staat gehalten und gesagt, daß derjenige, der den Staat nicht bejaht, die sittliche und moralische Kultur der menschlichen Gesellschaft vernichte. Der heutige Staat ist nach unserer Auffassung das Instrument der kapitalistischen Klasse. Mag auch diese kapitalistische Gesellschaftsordnung ihre Verdienste in den vergangenen Jahrhunderten gehabt und auch eine sittliche, eine kulturfördernde Aufgabe erfüllt haben, so dürfen wir doch heute die Frage stellen, ob eine solche Gesellschaftsordnung noch als Kultur angesprochen werden kann, wenn sie im Laufe eines Jahres 20 Milliarden Mark rein zum Zwecke des Menschenmordes ausgibt, ob das eine Kultur ist, die alle technischen Errungenschaften, die sie hervorgebracht hat, in erster Linie immer von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, ob sie für den Menschenmord ausgenützt und ausgewertet werden können? Ist das eine Kultur, in der alle technischen Neuerungen, die hervorgebracht werden, nur einer ganz kleinen Klasse zur Verfügung gestellt werden, während auf der anderen Seite Millionen Menschen nicht die nötige Nahrung und Kleidung bekommen können? Ist das noch eine Kultur, unter der 80 bis 90 Millionen Menschen erwerbslos sind, weil diese Gesellschaftsordnung nicht in der Lage ist, sie zu ernähren? Ist das eine Kultur, die auf eine Sittlichkeit, besonders auf religiöse Sittlichkeit und Moral Anspruch hat, in der Zusammenbruch auf Zusammenbruch folgt und eine Korruption die andere ablöst?

Ich bin der Auffassung, verehrte Anwesende, daß diese Gesellschaftsordnung vor dem Bankrott steht und daß in Deutschland die Wirtschaft längst zusammengebrochen wäre, wenn der staatliche Apparat nicht seine Macht dazu benutzt hätte, auf Kosten der breiten Massen diesen Zusammenbruch aufzuhalten, indem jährlich Milliarden und abermals Milliarden als Geschenk, als Subventionen für den Monopolkapitalismus zur Sanierung der Banken und alle diese Dinge aufgewendet werden.

Von dieser Gesellschaftsordnung ist einmal als von einer göttlichen Weltordnung gesprochen worden. Das ist keine Weltordnung mehr, und wir sind als Sozialisten der Auffassung,

**daß Ordnung nur dann geschaffen werden kann, wenn diese sogenannte Ordnung von einer sozialistischen Ordnung der Plan- und Bedarfswirtschaft abgelöst wird.**

Alles was sich in den letzten Jahren abgespielt hat, sind Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems und haben mit Marxismus und Sozialismus nicht das geringste zu tun.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei richten ihren Hauptkampf gegen Marxismus und Sozialismus. Aber sie haben in ihrem Programm, soweit die soziale Frage gestellt wird, nur geistige Anleihen vom Marxismus und Sozialismus gemacht.

**Diese Herren begehen einen großen Volksbetrug, wenn sie den Marxismus und Sozialismus für die heutigen Zustände verantwortlich machen.**

Sie sollten wenigstens zum Teil denen dankbar sein, die sich in der Zeit des großten Niederganges der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, als der Kapitalismus auf das tiefste kompromittiert war, leider bereitgefunden haben, die Verantwortung zu übernehmen. **Ich bin der Auffassung, daß ein großer Teil der Herren Nationalsozialisten nicht hier sitzen würde, wenn nicht die Sozialdemokraten ihnen durch ihre falsche Uebernahme der Verantwortung für den kapitalistischen Staat in dieser Hinsicht geholfen hätten.**

Der Herr Kollege Hilferding hat vorhin eine ausgezeichnete theoretische Epistel gegenüber den Nationalsozialisten gelesen. (Zuruf von den Komm.: Na nu! Ausgezeichnet?) — Jawohl, sie war ausgezeichnet! Besser könnt ihr den Sozialismus auch nicht begründen, und eine bessere Antwort könnt ihr den Nationalsozialisten auch nicht geben. Aber leider war das nur Theorie. **Wenn die Praxis der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Jahren mit dieser Theorie übereingestimmt hätte, dann brauchten wir uns heute nicht zu unterhalten über die Gefahr des Faschismus,** dann brauchten wir uns nicht zu unterhalten über die Gefahr einer Beseitigung der Demokratie und all jener Einrichtungen, die die Sozialdemokratische Partei angeblich schützen wollte.

**Wenn es dem Monopolkapitalismus gelungen ist, diese ökonomisch-revolutionäre politische Situation umzufälschen, dann ist das zum großen Teil ihre Schuld und Verantwortung.** (Zuruf von den Soz.: Nach eurem Wahlsieg wird sich das alles wieder umkehren!)

— Reden Sie doch nicht von Wahlsieg. Wenn ihr 44 Mandate verliert und die ganzen Jahre hindurch mitgeholfen hat, den Sozialismus und den Marxismus zu diskreditieren, dann solltet ihr lieber ruhig sein. Das gerade machen wir den Sozialdemokraten zum Vorwurf, daß sie sich in einer Zeit des sterbenden Kapitalismus verantwortlich in diesen Staatsapparat eingeschaltet haben. Marxisten, die ihr doch sein wollt, müßten wissen, daß diejenigen, die sich einschalten in die Verantwortung eines kapitalistischen Staates, dann von den verelendenden Massen mitverantwortlich gemacht werden.

Der Herr Kollege Graßmann hat sich in seiner Rede gestern auf einen Bericht des Instituts für Konjunkturforschung bezogen und hierbei ausgeführt, es sei ein Zeugnis der Schwere der inneren Depression, daß die fortgesetzten Lohnsenkungen immer begleitet waren von einem Anschwellen der Arbeitslosenziffern, und daß das neben all den Drosselungsmaßnahmen der Länder und Gemeinden zu einem Zustande geführt habe, der eigentlich jeden Deutschen mit Scham erfüllen müsse.

**Wenn es aber der Regierung Brüning unter Tolerierung der Sozialdemokratischen Partei möglich war, durch Notverordnung Lohnabbau, Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und Kürzung der Renten das Einkommen der breiten Masse um etwa 10 bis 12 Milliarden Reichsmark herunterzudrücken, so ist das mit eine verantwortliche Schuld der Sozialdemokratischen Partei.** Und das Resultat, Genossen von der Sozialdemokratischen Partei, ist das, was wir euch damals schon in der Fraktion gesagt haben. **Wir haben euch damals gesagt: toleriert nicht, schluckt nicht diese Notverordnungen, ihr werdet damit nicht den Faschismus aufhalten. Wir haben euch gesagt: das Gegenteil wird durch die Tolerierung eintreten, und in dem Maße, wie die Not und das Elend der breiten Massen wachsen, wird bei dieser Tolerierung auch die Prätorianer-Garde des Faschismus und des Monopolkapitalismus wachsen.**

Der Herr Kollege Graßmann hat sich weiter mit Forderungen beschäftigt, die jetzt Herr Strasser in seiner Rede auch aufgetischt hat und hierbei erklärt: „Die von ihnen soviel geschmähten freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben seit länger als zwei Jahren an allen zuständigen Stellen gewirkt, gebohrt, gemahnt und gefordert, daß rechtzeitig eingegriffen wird, ehe die Arbeitslosigkeit zu einer solchen Lawine anschwillt." **Das ist richtig. Aber, meine Herren von der Sozialdemokratischen Partei, was nützt es, wenn man bohrt und dann auf der anderen Seite praktisch durch Tolerierung das Gegenteil tut?** Bei alledem geht es um Machtfragen. Der Kapitalismus kümmert sich einen Teufel darum, ob man fordert, sondern es kommt darauf an, daß man auch die nötigen Konsequenzen zieht und die Kämpfe führt, die notwendig sind.

**Diese Kämpfe aber kann man nicht führen mit Brüning, mit den Vertretern des kapitalistischen Systems, diese Kämpfe kann man nur führen mit der geschlossenen Arbeiterklasse.**

Der Herr Kollege Dr. Breitscheid hat gestern erklärt: die Erhaltung der Wirtschaft sei das Fundament für den Sozialismus. Ich getraue mir, zu bezweifeln, daß das noch ein gesundes Fundament ist, und ich habe mir auch schon auf dem Leipziger Parteitag in der Diskussion, als der Herr Kollege Tarnow den Satz vom Arzt und den Erben geprägt hat, erlaubt darauf hinzuweisen, daß diejenigen, die sich an das Krankenbett dieser kapitalistischen Gesellschaft setzen wollen, aufpassen sollen, daß nicht in der Zeit, wo sie Arzt spielen, die Erben eher zugrunde gehen als der kranke Mann Kapitalismus.

**Ich bin der Meinung, daß das beste Fundament für den Sozialismus das Vertrauen, der Glaube der Arbeiterklasse an den Sozialismus ist.**

**Dieses Vertrauen ist zu einem guten Teil durch die Verantwortung im kapitalistischen Staat zerstört worden. Machtpositionen im kapitalistischen Staat sind keine Machtpositionen für das Proletariat. Durch solche Machtpositionen wird die Arbeiterklasse nicht in** den Sozialismus, **sondern werden höchstens die Führer in den Kapitalismus hineinwachsen.**

Nun hat die Kommunistische Partei — und insofern gehen wir mit ihr einig — erklärt, daß eine Aenderung nur möglich ist durch Sturz des kapitalistischen Systems. Wir sind auch darin mit ihr einig, daß eine Möglichkeit zur Durchführung des Sozialismus nur gegeben ist, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobert und sie durch die Diktatur des Proletariats befestigt.

**Es ist aber nicht damit getan, daß man hier in jeder Reichstagsperiode und in allen Versammlungen dieses Sprüchlein herleiert, sondern man muß die Voraussetzungen für die Eroberung der politischen Macht schaffen.**

Dazu gehört, daß die Kommunistische Partei ihre Parolenpolitik genau so aufgeben muß, wie die Sozialdemokratische Partei die Koalition und die Kompromisse mit dem Klassengegner aufgeben muß. **Diese Voraussetzung muß so schnell wie möglich geschaffen werden. Die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei müssen endlich den Weg beschreiten.**

(Zuruf von den Soz.: Unter eurer Führung?)

— Nein, wir sind nicht so kurzsichtig. Wir richten keine künstlichen Mauern auf wie ihr. Wir sagen nicht wie ihr, nur unter der Führung der SPD, oder wie die anderen; nur unter der Führung der KPD. Hier handelt es sich um eine Frage der Verständigung. Die Arbeiterklasse muß sich über das, was sie trennt, verständigen. Die Einigkeit der Arbeiterklasse muß erreicht werden. Die Klasse muß über der Partei stehen, nicht der Parteiegoismus über der Klasse.

**Solange die Arbeiterklasse nicht zu einer Einigung kommt, solange die Führer der Arbeiterklasse die Partei als Selbstzweck und nicht als Mittel zum Zweck betrachten, solange wird es keinen Sozialismus, wird es keine Ordnung geben, sondern nur Untergang der Arbeiterklasse und Sieg des Faschismus.**

(Beifall bei der SAP.)

# Reichsbannerarbeiter im Zuchthaus!

## Das Urteil in dem Großenhainer „Aufruhr"prozeß

Großenhain, 11. Mai 1932.

**Gegen sieben Reichsbannerleute, die Ende April einen Nazilüberfall abgewehrt hatten, wurde am Mittwoch abend nach viertägiger Verhandlung das Klassenurteil gefällt. Von den Angeklagten werden wegen „einfachen" bzw. „schweren Landfriedensbruchs" drei zu sechs Monaten Gefängnis und vier zu einem bis zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Kosten verteilen sich nach dem Umfang der Verurteilung. Die zu Zuchthaus Verurteilten wurden sofort in Haft genommen, die übrigen drei freigelassen.**

## Ein Kabinett entlassen

Der Generalgouverneur von Neu-Südwales entließ das Kabinett Lang wegen Ungehorsams gegen die bundesstaatlichen Finanzgesetze und beauftragte Stevens, den Führer der Vereinigten Australienpartei mit der Bildung einer vorläufigen Regierung.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien. 1931 Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

8. Fortsetzung

Die Tage gehen vorüber, die Wochen fliegen.

Heute ist Montag, morgen Dienstag, da ist schon wieder Sonnabend.

Hans hat eine Joppe gekauft, zehn Mark angezahlt, jede Woche sollen zwei Mark auf Raten abgezahlt werden. Das macht zehn Wochen. Jetzt hat er wenigstens etwas Warmes anzuziehen. Auch ein Paar Schuhe hat er gekauft.

Gestern war Hans im Kino. Ein Russenfilm: „Sturm über Asien". Das war doch was. Diese Russen, wie die so alle Feinde einfach rausschmissen. Schöne Musik war vorher und dabei.

Hans ist wieder Mensch.

Eine Woche und zwei zehrt er von seinem Kinoerlebnis.

Abends steht er vor der Tür.

Friedel kommt hinzu.

Er hat immer noch keine Arbeit.

„Hoch die . . ." will er loslegen.

„Quatsch, Mensch", fährt Hans dazwischen. Hans kann das schon nicht mehr hören. Man muß doch arbeiten. Was soll man denn machen, denkt er. Er möchte auch gern mal ein paar Tage ausspannen können. Aber richtigen Urlaub haben. Aber bald ist Weihnachten. Es ist jetzt viel zu tun. Auch ein Arbeitsbursche muß das wissen.

Hans sieht das ein.

Aber wenn einem dann immer wieder so einer über den Weg läuft . . .

Jeden Tag ist Hans pünktlich zur Stelle. Er schuftet. Er ist ehrlich. Man kann ihm ruhig Geld anvertrauen. Fünfzig Mark, hundert Mark kassiert er bei der Kundschaft. Zweihundert, dreihundert Mark zahlt er bei der Post ein.

Das Leben geht weiter.

Ueber dieser Jugend steht die Arbeit als Gesetz. Arbeite, dann kannst du leben. Arbeite nicht und du verreckst.

Immer feste treten.

Hunderte, Tausende sausen auf der Straße an dir und mir jeden Tag vorbei. Sie sausen hinter dem Topf mit Suppe, hinter der Stulle mit Belag und dem sauberen Anzug her. Vielleicht langt's auch mal zum Kino. Die Zigarette will schließlich auch geraucht sein. Und mit dem Mädchen möchte man dann auch schon mal sprechen können und vielleicht mal tanzen gehen. Vielleicht.

Meist bleiben aber die Anzüge schlecht. In den Schuhen sind Löcher. Die Stulle ist ohne Belag, und man muß vor dem Kino stehen bleiben. Es langt nicht zum Hineingehen. Einheitspreis 60 Pfennig.

Sie fahren nicht alle auf Rädern und laufen nicht alle. Sie stehen in der Fabrik an den Maschinen. Sie laufen oder stehen. Alle aber bewegen sich. Sonst läuft ihnen der schmale Fleck des Lebens davon. Und dann kommt der Kohldampf und das Dunkle. Manchmal passiert was.

Diebstahl. Betrug. Unterschlagung. Manchmal schießt sich auch einer tot oder läßt sich überfahren oder rückt aus.

Was ist das schon? Soviel Selbstmorde an einem einzigen Tage . . . Die Statistik wird es schon zeigen . . . Was geht das uns an? . . . Das Leben ist überall schwer. Man spürt es und es steht in den Zeitungen. Das Leben geht jeden Tag weiter . . .

Die Familie Schmidt von nebenan hat sich mit Gas vergiftet. Der Junge von Lehmanns ist von der Kriminalpolizei abgeholt . . .

Der Lärm eines Schusses verhallt über den Dächern und im Lärm der Straßen. Die Wellen des Kanals plätschern weiter. Der Gasgeruch verzieht sich . . .

Die Stadt ist groß und es begibt sich hier viel. Man horcht nur auf, wenn das Schicksal einmal an die eigene Tür poltert. Aber alles, alles geht einmal vorüber . . .

Weihnachten geht vorüber.

Hans hat eine Sporthose und ein Paar Stutzen von den Eltern bekommen. Lissi hat ihm zwei Selbstbinder geschenkt und Ida hat ihm ein Taschentuch, zu dem sie das Ränddchen selbst gestickt hat, überreicht. Er hat sich gefreut, hat Vater Zigarren, Mutter Kaffee und eine Wurst, Lissi ein Portemonnaie gekauft. Ida hat er ein Zirkusspiel zwischen ihre Sachen gelegt. Vater liegt die ganze Beschererei nicht sonderlich. Er schätzt solche Bourgeoisieeinrichtungen nicht. Aber die Kinder wollen es doch, und er ist vernünftig genug, keine Schwierigkeiten zu machen. Aber es ist nichts los zu Hause. Lissi geht am zweiten Feiertag tanzen.

*

Nach Weihnachten ist Inventur-Ausverkauf und Hans muß rennen und flitzen. Mal steht er am Potsdamer Bahnhof. Er muß für den Chef einen eiligen Brief in den Zug stecken. Da fahren viele Züge ab. Da steht ein Zug mit Speisewagen. Blank und blitzend.

Und dann rauscht er aus der Halle. Stolz und vornehm. Manche Menschen stehen an den Fenstern und winken. Viele sehen auch nur so heraus, gelangweilt oder neugierig.

Hans ist noch nie im D-Zug gefahren.

Wird er wohl jemals im D-Zug fahren?

Morgens aufstehen.

Fünfundzwanzig Minuten Zeit zum Waschen, Anziehen, Frühstück.

Fünfunddreißig Minuten Zeit bis zur Arbeitsstelle.

Von neun bis sieben Uhr dreißig Arbeit. Kurze Pause zwischendurch. Man merkt dann seine Beine.

Achtzehn Mark die Woche.

Nur feste treten.

Abends nach Hause.

Das Haus ist dunkel.

Es hat zehn Portale. Man geht durch die Haustür auf einen Hof, links Häuser, rechts Häuser, auf einen zweiten Hof, Häuser, Häuser, viele hundert Fenster.

Tausendfältiges Elend.

Kleine Sorgen, große Sorgen.

Arbeiter. Angestellte. Werkmeister.

Da ist einer fast jeden Abend betrunken. Er prügelt dann die Frau. Ueber drei Höfe hört man sie schreien.

Da wohnen zwei Mädchen. Immer haben sie Herrenbesuch. Die Jungen und Mädchen passen auf, wenn einer kommt. Sie wissen, was da hinter der Tür los ist. Sie möchten es gern mal sehen. Sie horchen und warten, bis dann die Tür plötzlich aufgeht und eine Frauenstimme schrill loskeift . . .

Im zweiten Hof wohnt Hans. Vier Treppen

Im ersten Stock wohnt Frau Rust. Ihr Mann verbüßt dreieinhalb Jahre Zuchthaus wegen Rückfalldiebstahls.

Daneben wohnt Familie Kiefer. Acht Kinder. Alle, Mann und Frau und Kinder, liegen krank. Stube und Küche.

Eine Treppe höher Herr Senf. Seine Frau hat er vor acht Tagen herausgeschmissen, weil sie Männerbesuch und was anderes empfing, als ihr Mann im Betrieb war. Das ganze Haus wußte es seit zwei Jahren schon. Herr Senf erfuhr es erst vor acht Tagen. Nun ist er schon seit acht Tagen nicht mehr aus der Wohnung herausgekommen

Und so geht es weiter.

So leben Menschen. Sieben, zehn in einem Zimmer. Sie haben nicht alle nebeneinander Platz.

# Bauarbeiterstreiks im ganzen Reich

## Brecht die Passivität der BGB-Führung!

Noch ehe die unglaublichen Lohnabbauschiedssprüche für die Bauarbeiter in allen Bezirken formelle Geltung haben, sind die Bauunternehmer dazu übergegangen, selbstherrlich den Lohn nach ihrem Gutdünken herabzusetzen. Erfreulicherweise führen trotz schwerster Krise die relativ wenigen Bauarbeiter, die heute noch in Arbeit auf den einzelnen Baustellen stehen, dagegen den einzig wirksamen Kampf, den Streik durch. Neben den zum Teil schon gemeldeten Streiks, besonders in Sachsen, liegen weitere Meldungen vor über:

**Streik von 1200 Bauarbeitern in München, Streik sämtlicher Maler in Nürnberg gegen** eine Lohnherabsetzung von 1,15 auf 0,72 Mark.

In Hamburg wurden auf etwa 20 Baustellen Streiks durchgeführt, zum großen Teil wurden sie nach kurzer Zeit mit Erfolg beendet, indem sich die Firmen zur Weiterzahlung der bisherigen Löhne verpflichten mußten.

Ebenso mußten in Elbing die Unternehmer vor dem geschlossenen Streik der Steinsetzer zurückweichen und auf den geplanten Lohnabbau von 25 Prozent verzichten.

Auch in Berlin wird auf mehreren Baustellen gestreikt. Wie die RF meldet, hat die 700 Mann starke Belegschaft der größten Baustelle der Berlinischen Baugesellschaft in der Dreibundstraße gegen nur wenige Stimmen den Beschluß gefaßt, **gegen jeden Lohnabbau in Streik zu treten.**

Die Streiks werden zum großen Teil vom Vorstand des Baugewerksbundes nicht sanktioniert, teils stillschweigend geduldet, teils als „wild" angesehen. Um so erfreulicher ist, daß **fast überall auch die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen sich für den Streik** einsetzen. Rühmend sei auch erwähnt, daß die RGO bei den Bauarbeitern nicht mehr ihre frühere unsinnige Taktik, daß „nur die RGO führt", anwendet, sondern für einheitliche Streikleitungen eintritt.

Es ist höchste Zeit, daß die Leitung des Baugewerksbundes ihre falsche und arbeiterschädigende Taktik aufgibt. Sie **muß dazu von den Mitgliedern gezwungen werden.** Einheitlicher entschlossener Abwehrkampf gegen jeden Lohnabbau unter Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel muß die Losung der Bauarbeiter in allen Teilen des Reiches sein. Nur dadurch können die jetzigen Teilerfolge für die Zukunft gesichert werden.

### Bauschlosser kampfbereit

**18 Prozent Abbau des Tariflohnes und Beseitigung aller übertariflichen Löhne** fordern die Bauschlosserei-Unternehmer. Dazu nahmen die im DMV organisierten Bauschlosser in ihrer Branchenversammlung vom 10. Mai Stellung. Einstimmig wurde beschlossen, **gegen jeden Lohnabbau und gegen jede Art Verschlechterung des Tarifs den Kampf aufzunehmen.** Daß das keine leere Drohung ist, haben die Bauschlosser durch ihre bisherigen mit großer Entschlossenheit geführten Streiks bewiesen.

## Lohnabbaupläne der Bewag

Die Berliner Elektrizitäts-Werke AG. (Bewag), die bekanntlich mit Hilfe der SPD dem Privatkapital ausgeliefert worden ist, darf selbstverständlich beim „Lohnangleichen" nicht fehlen. So ist von Direktion und Aufsichtsrat, in dem auch Vertreter der Stadt Berlin sitzen, folgendes ungeheuerliches Lohnabbauprogramm festgelegt worden:

**„Die Stundenlöhne werden gekürzt in Gruppe Ia und Ib (Handwerker) um 5 Pfg., in Gruppe II und III (Angelernte) um 10 Pfg., Frauen um 20 Pfg.**

**Die Zuschläge werden ebenfalls gekürzt resp. beseitigt. Sonn- und Feiertagszuschläge fallen fort, Hitze- und Schmutzzulage von 11 und 27 Pfg. auf 10 Pfg., für Nachtarbeit von 15 auf 9 Pfg. Ueberstundenzuschläge fallen fort.**

**Wochenfeiertage werden nur mit 50 Prozent vergütet. Die Auslösung von 1,40 Mark und 1 Mark täglich im Außendienst fällt weg. Krankenlohn geht herunter von 90 auf 75 Prozent für alle Gruppen. Für die ersten drei Tage gibt es keinen Ausgleich. Verschickung und Erholungsheim fällt weg. Urlaub wird nur nach Kalendertagen gewährt und muß auch im Winter genommen werden."**

Dieses Abbauprogramm soll dem Betriebsrat und der zuständigen Gewerkschaft, dem Gesamtverband, schon am 25. April zugestellt worden sein. Trotzdem ist vom Verband bisher nichts ernsthaftes dagegen unternommen, ja der gesamten Belegschaft diese Abbaudrohung nicht einmal bekanntgegeben worden.

So kann unmöglich ein wirkungsvoller Abwehrkampf vorbereitet und geführt werden. Gewiß ist die Bewagbelegschaft gut organisiert. Aber nur, wenn diese organisierte Kraft angewandt und bei Zeiten zum Kampf aufgerufen und eingestellt wird, ist sie von Nutzen. **Nichts ist daher schädlicher, als Verhandlungen oder gar erst den Schlichterspruch abzuwarten.** Umgekehrt, je aktiver jetzt schon die gesamte Belegschaft auftritt und keinen Zweifel über die Abwehr durch den Kampf läßt, desto erfolgreicher werden Verhandlungen sein.

## Ende des Streiks im Möbeltransport

Für das Berliner Möbeltransportgewerbe ist der skandalöse Schiedsspruch mit 10 bis 30 Prozent Lohnabbau am Donnerstag für verbindlich erklärt worden. Die Verbindlichkeitserklärung erfolgte mitten im Streik der Möbeltransportarbeiter, die den Kampf gegen das noch über den Schiedsspruch hinausgehende Unternehmerdiktat aufgenommen hatten. Damit hat die Schlichtungsbehörde wieder einmal in einseitigster Form gegen die Arbeiter eingegriffen und ihnen — nach dem Buchstaben des Gesetzes — das Streikrecht geraubt.

Die gestrige Streikversammlung ließ sich leider von den „rechtlichen" Argumenten der Reformisten und dem faulen Hinweis, daß der Schiedsspruch immer noch besser sei als das Unternehmerdiktat, so beeinflussen, daß sie es ablehnte, trotz und gegen die Verbindlichkeitserklärung den Streik weiterzuführen. Sie beschloß — nach dem „Abend" — „mit übergroßer Mehrheit" den Abbruch des Streiks und damit Akzeptierung des Abbauschiedsspruches. Das ist um so erstaunlicher, als dieselben Möbeltranportarbeiter vor ganz kurzer Zeit eine auf dem Boden der RGO stehende Branchenleitung gewählt hatte.

## Quertreiber

### Musterbeispiel grundsatzloser Kritikasterei der KPO

Wir haben uns bekanntlich mit aller Schärfe gegen die fast völlige Beseitigung der Urabstimmung bei den Wahlen der Delegierten zum Metallarbeiterverbandstag gewandt und unsere Genossen aufgefordert, überall für die Durchführung der Urabstimmung zu kämpfen. Wir haben aber auch weiter dargelegt, daß, solange die SPD-Bürokratie überall da, wo sie die Macht besitzt, die Urabstimmung verhindert, die Opposition keine Veranlassung hat, in den wenigen von ihr beherrschten DMV-Verwaltungsstellen allein die Urabstimmung durchzuführen. Dementsprechend haben unsere Genossen in Breslau mit ihrer erdrückenden Mehrheit im DMV ihre vier Delegierten sofort auf der Generalversammlung, d. h. ohne Urabstimmung gewählt.

Darob großes Geschrei bei den Grundsatzwächtern der KPO. Sie schreiben in ihrem Organ „Gegen den Strom":

„Die SAP-Führung bringt ehrliche, dem Kommunismus nahestehende Arbeiter in solch blamable Situationen, wie im Breslauer DMV, wo sich selbst gute SAP-Proleten dazu hergeben, den Mitgliedern im DMV die Rechte zu beschneiden oder wie die „SAZ" schreibt: ‚Die Mitglieder werden um ihr Mitbestimmungsrecht geprellt'. Durch die Haltung der SAP-Mehrheit im Breslauer DMV. ist die linke Opposition in allen anderen Orten, wo sie gegenüber der SPD-Bürokratie um die Urwahl kämpfen muß, außerordentlich schwer geschädigt worden."

So urteilen also die gesalbten KPO-Grabhüter im „Strom".

**Was aber tut die KPO da, wo sie im DMV allein zu bestimmen hat?**

Suhl in Thüringen ist unseres Wissens noch der einzige Ort, wo die KPO allein ausschlaggebend im DMV ist. Wir können nun in der neuesten Nummer der „Arbeiterpolitik" unter der Ueberschrift „KPD-O-Erfolge bei den DMV-Wahlen" folgendes lesen:

„Die Delegiertenversammlung des DMV Suhl nahm nach einem Referat des Genossen Bräuning (thür. BL-Sekretär der KPO) Anträge an, die sich gegen die reformistische Taktik.. aussprechen. **Einstimmig wurde beschlossen, von einer Urwahl Abstand zu nehmen.** Genosse Gering wurde als Delegierter zum Verbandstag gewählt."

**Die Suhler KPO-Kollegen haben also haargenau dasselbe gemacht wie unsere Breslauer Genossen,** und die Suhler Genossen haben richtig gehandelt. Das zeigt aber, daß die wenigen, noch in der KPO verbliebenen Genossen in der Praxis gegen die Querulantenpolitik im obersten Gremium der KPO Stellung nehmen und praktisch die von der SAP vertretene Linie durchführen. Daraus müssen die KPO-Mitglieder die Schlußfolgerung ziehen, sich der SAP anschließen und die „Theoretiker", die nur die Arbeiterschaft noch mehr verwirren, unter sich lassen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Ducksteig, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Kosnig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

**Staats-Theater**
Oper U. d. Linden
Sonnabend, 14. Mai 7½ Uhr:
Die Zauberflöte
Schauspielhaus a. Gendarmenmarkt
Sonnabend, 14. Mai 8 Uhr:
Der Liebestrank
Schillertheater Charlottenburg, Bismarckstraße
Sonnabend, 14. Mai 8 Uhr.
Die Räuber

**Volksbühne** Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2946
Sonnabend, d. 14. Mai 8¼ Uhr:
Sturm im Wasserglas
**Rose-Theater** Große Frankfurter Str. 132
Telefon C 7 Weichsel 3472
Sonnabend, d. 14. Mai 6 u. 9 Uhr:
Weekend im Paradies
Gartenbühne 6 Uhr:
Frühkonzert und Varieté

**Lichtspiele am Stettiner Bahnhof**
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Der Sieger
mit Hans Albers
und
eine Stunde Tonfilmkabarett
Die neueste tönende Wochenschau
**Münz-Theater** Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der Sieger
mit Hans Albers
und
Dienst ist Dienst
**Elysium-Lichtspiele** Prenzlauer Allee 56
Unser großes Pfingstprogramm:
Richard Tauber in
„Melodie der Liebe"
Auf der Bühne: Jack Mana, „Der Vagabund am Flügel"
Jugendliche haben Zutritt.
Wochentags 5¹⁵ Uhr. Sonntags 3¹⁵ Uhr.
1. und 2. Feiertag 3.15 Uhr:
Große Jugendvorstellung

**M·I·L·A** Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Unser lustiges Doppelprogramm
Der schönste Mann im Staate
mit Siegfried Arno und R. A. Roberts
dazu:
Das Ende von Maradu
**Pharus Lichtspiele** Müllerstraße 142
2 Erstaufführungen:
Tony van Eyck in
Kitty schwindelt sich ins Glück
mit Paul Otto, W. Stettner, Blandine Ebinger, Marg. Kupfer, Oskar Sima
außerdem:
Der König der Steppe
mit Tom Keyne
**PRATER Lichtspiele** Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
unser Pfingstprogramm:
so haben Sie noch nie gelacht über Buster Keaton in
Casanova wider Willen
dazu:
Lien Deyers, Gustav Fröhlich in dem amüsanten Tonlustspiel:
Die verliebte Firma
1. u. 2. Feiertag 3 Uhr gr. Jugendvorstell.

**KINO FÜR JEDERMANN**
Potsdamer Str. 4, Im Vorhaus am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334
Der neueste Tonfilmerfolg
Kitty schwindelt sich ins Glück
m. Tony van Eyck, Margarete Kupfer, Blandine Ebinger, Oskar Sima
außerdem: großes Tonfilm-Kabarett, u. die neueste Ufa-Tonwochenschau
Pfingstsonntag 11.30 Uhr vormittags
Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM.
tägl. ab 9 Uhr vorm. Sonntag ab 3 Uhr nachm. bis 1 Uhr nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Wer Gutscheine kauft stärkt den Pressefonds

**Theater des Weddings** Müller-, Ecke Seitenstraße
Holzapfel weiß alles
mit Felix Bressart
dazu:
Madame Satan

HAUS VATERLAND KURFÜRST 7460
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Sorge AUCH DU dafür, daß Dein Arbeitskollege das Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, die
SAZ
bestellt.
Fordere noch heute Bestellscheine durch die Expedition:
Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

**Gaststätten der Arbeiter und Arbeitersportler für Zwickau und Umgegend**

Wilkau
**Restaurant „Zur Haltestelle"**
für alle Ausflügler und Sportler beste Einkehrstätte
Mönchhof / Kulmbacher und Wernesgrüner Grenzquell-Biere
Warme und kalte Speisen Zeitgemäße Preise.
— Ruf: Amt Zwickau 7669 —
Rudolf Ebert u. Frau

Das Lokal aller Sportler und Ausflügler ist
**Restaurant „Zur Linde"**
Neuwilkau
Gute Küche · Erstklassige Getränke.
Ruf: Amt Zwickau 7023
Kurt Meier u. Frau

Zwickau
Restaurant „Stadt Glauchau"
Zwickau, Glauchauer Straße 26
Das gemütl. Bier- u. Speisehaus
Inh.: Fritz Berger

**Gasthaus „Anker"**
Zwickau - Schedewitz
Geräumige Lokalitäten Schattiger Garten — Vereinsbiere — Kalte u. warme Speisen Zeitgemäße Preise
Kurt Baumann u. Frau

**Brauerschlößchen** Zwickau
Schloßstraße 2 Ruf 4873
Angenehmer Familien-Aufenthalt — Große Vereinszimmer Garten — 3 Kegelbahnen
A. Geschlößl

**Turnerheim Cainsdorf**
Volkstümliche Gaststätte für jedermann
Küche und Keller wie immer preiswert und gut.
In unseren mit herrlichem Birkengrün geschmückten Räumen während der Pfingstfeiertage
große Frühlingsfeier
Am Sonnabend:
Geselliger Abend der Fußballer
mit Kapelle Richter-Planitz
Am 1. und 2. Feiertag, ab nachmittags 4 Uhr:
Erstklassige Künstlerkonzerte
Am 3. Feiertag:
Großes Frühlingskonzert
gespielt von der städtischen Musikschule Mylau
Leitung: Stadtmusikdirektor Werner — 30 Mann
Blas- und Streichmusik
Vorverkauf im Heim und bei den beiden Friseuren
Die Verwaltung: KURT WAPPLER und Frau
Fußballspiele:
Sonnabend: Köditz-Bayern — Cainsdorf 17.30 Uhr
Sonntag: Preußen-Leipzig — Cainsdorf 16.00 Uhr
Montag: Grüna-Chemnitz — Cainsdorf 14.30 Uhr